

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementsspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 08.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse:

Verband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Der Rückzug nach Ravenna.

(Eine Episode aus der Gotengeschichte.)

Durch Nacht und Nebel zieht im Leide schwer
Das Gotenheer. —

Dieselbe Straße, die's vor Jahresfrist
Gezogen ist. —

Da aber klang noch das Germanenhorn
Voll Kraft und Zorn. —

Da scholl die Lösung noch: Nach Rom! Nach Rom!
Zum Tiberstrom! —

Held Wlrichis zog da voran dem Heer
In Königswehr. —

Nun führt geschlagen er den Rest zurück;
Enterbt vom Glück. —

Mit wunden Sängen flieht der Königsaar
Vor Bellfar. —

In Nacht versank — denn Rettung blieb ihm fern—
Der Gote Stern. —

Zur Rabenstadt, Ravenna, ziehn sie hin
Mit düstrem Sinn. —

Das Gotenreich ist in Italia
Dem Ende nah. —

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wissmann, Bochum.
Druck u. Verlag von Hanemann & Co., Bochum, Wiesenstraße 42.

Arbeiterverhältnisse auf den fiskalischen Gruben und Hüttenwerken.

Der preußische Staat ist der größte Bergwerksunternehmer des Landes. 1905 betrieb er 64 Gruben, Hütten- und Salinenwerke. Darauf waren 84244 Arbeiter beschäftigt. Gruppiert man die Arbeiter nach der Art der Betriebe, wo die Leute schaffen, so ergibt sich dieses Bild: Die fiskalischen Arbeiter wurden beschäftigt beim

| | 1905 | 1904 | 1903 |
|---------------------------|-------|-------|-------|
| Bergbau | 78429 | 76773 | 67178 |
| Steinkohlebetrieb | 1086 | 980 | 898 |
| Hüttenbetrieb | 3715 | 3751 | 3711 |
| Salinenbetrieb | 809 | 813 | 838 |
| Badeanstalten | 158 | 115 | 102 |
| Bahnverwaltung | 102 | 113 | — |
| Zusammen | 81214 | 82548 | 72727 |

Von der Gesamtbelegschaft entfielen darunter über 90 Prozent auf den Bergbau. Hier wieder ragt der Steinkohlenbergbau weitaus hervor. 1905 schafften 71947 fiskalische Arbeiter auf Steinkohlengruben; von der Gesamtzahl entfielen 17368 auf Oberhöhlen, 1772 auf die Deistergruben, 1143 auf das preußisch-schwäbische Gemeinschaftswerk bei Obernkirchen-Stadtlohen, 823 auf die Grube Ibbenbüren, 3500 auf die Gruben Gladbeck, Waltrop und Bergmannsglück im Kreise Recklinghausen, und 47176 waren auf den Saargruben angestellt.

Die Belegschaft der fiskalischen Braunkohlengruben in den Bezirken Halle, bei Kassel und im Westerwald betrug 548 Mann. Auf den Eisensteingruben im Harz und in Nassau waren wie 643 Mann beschäftigt. Auf den übrigen Erzgruben betrug die Belegschaft 3587 Mann.

Von größerer finanzieller Bedeutung ist der Salz- bzw. Kalifabrikbergbau. Die Saline Hohenfels (Quarzsalz) beschäftigte 167 Arbeiter, das große Werk Staßfurt (int. Fabrikbetrieb 1192, das Kalifwerk Bleicherode 485, die Saline Schönebeck 361).

Die Eisenhütte Gleiwitz zählte 1147, die Eisenhütte Malapane 270, die Eisenhütten im Harz 395, die Blei- und Silberhütten in Oberschlesien 755, die Blei- und Silberhütten im Harz 621, die mit dem braunschweigischen Fiskus im Unterharz gemeinsam betriebenen Hütten hatten 568 Mann Belegschaft.

Der rechnungsmäßige Überschuss der Staatswerke hat 1905 30651588 Mk. betragen. Da die Gesamtentnahme 228482159 Mk. betrug, ist hier von einem Überschuss von 13 Prozent erzielt worden. Diese Privatwerke haben finanziell besser abgeschnitten, aber zieht man in Betracht, daß der Fiskus kolossale Summen allein für Neuerwerbungen und Erweiterungsanlagen veranschlagte, die natürlich eine große Verbesserung der Werksgrundlage bedeuten, dann ist der Überschuss ein guter zu nennen. Man muß auch beachten, daß aus den Einnahmen die hohen Kosten (Fehlbeträge) der vielfach gebrüderlichen Verwaltungsbehörden (Ministerialabteilung, Oberbergämter, Bergämter usw.) und die Auswendungen für bergtechnische Lehranstalten bestritten worden sind. Diese Ausgaben machen allein über 10 Millionen Mark aus. Auch diese 10 Millionen Mark sind Verlustüberschüsse.

Als im Oktober 1906 die Bergleute aller Steierre mit Rücksicht auf die enorm gestiegenen Lebensmittelpreise eine Lohnhöhung von 15 Prozent forderten, schrieb das Regierungsorgan, die „Kord. Allg. Rtg.“, die Arbeitserfordering sei wohlgegründet, die Löhne hätten nicht gleichen Schritt mit der Verteuерung der Lebensbedürfnisse gehalten. Haben die fiskalischen Werksverwaltungen denn auch ihrerseits den Arbeiterlohn unter Berücksichtigung der Lebensmittelsteuerung erhöht? Sehen wir zu.

Bergleichen wir die Jahre 1900 und 1905: in diesem Zeitraum ist zugleich der Lohnsteigerung die starke Lebensmittelsteuerung erfolgt.

Berechnet auf die Gesamtbelegschaft belief sich für den fiskalischen Steinkohlenbergbau in Oberschlesien der mittlere Schichtverdienst auf 1900: 3,35, 1905: 3,53 Mk., also Zuwachs 18 Pf., gleich nur gut 5 Prozent! Doch ist auch das nicht einmal eine Lohnzulage, denn die Arbeiterleistung nahm über vier Tonnen (Wert circa 32 Mk.) zu, sodann tatsächlich nur etwa 8 Pfennig (nicht einmal 3 Prozent) pro Schicht zugelegt wurde. Da allein das Fleischware von 1900—1905 um 20—30 Pf. teurer geworden ist, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der fiskalischen Steinkohlenbergleute Oberschlesiens ganz bedenkend. Wie stellen ferner seit, daß zwar nach der Angabe des Fiskalberichtes sich 1905 die Selbstkosten pro Tonne um 31 Pf. gegen 1904 gehoben haben, aber an Arbeitslohn sind pro Tonne nicht einmal ganz 10 Pf. mehr bezahlt worden (durchschnittlich). Also haben die Arbeiterlöhne mir im geringsten Maße die Selbstkosten verteuert. — Die fiskalischen Steinkohlengruben in Oberschlesien brachten 7452909 Mk. Überschuss, d. h. knapp 500 Mk. Überschuss pro Arbeiter. Bei solchem Überschuss hätten die schwer schaffenden Kameraden recht gut bezahlt werden können.

Die Deistergruben brachten 508747 Mk. Überschuss, über 200 Mk. pro Arbeiter. Das Gemeinschaftswerk bei Obernkirchen-Stadtlohen brachte für Preisen (die Hälfte des Gewinnes) 168872 Mk. Überschuss, auch hier hätte die Belegschaft besser bedacht werden können.

Leider werden über die Lohnverhältnisse der fiskalischen Erzgrubenarbeiter, Hüttenarbeiter und Salzwerksarbeiter keine Angaben mehr gemacht. Wie erfahren nur noch, daß die oberschlesischen Bleierbergleute mit dem „Hohenlohn“ von 2,41 Mk. (im Gedinge!) abgepeinzt wurden. Wie können die Armen mit diesem Löhnen existieren?

Der Überschuss der Steinjalg- und Kalifabrikwerke ist zwar nicht so hoch wie früher, aber das liegt nicht an der Arbeiterschaft. Die wilde Spekulation in der Kaliindustrie hat den auf die einzelnen Werke entfallenden Abfall bedeutend verringert. Sodann hat der Fiskus im Staßfurter Senkungsgebiet große Summen als Entschädigung für Bergschäden zahlten müssen. Trotzdem liefererte das Staßfurter Werk allein 1268000 Mk. Überschuss, es brachte jeder Arbeiter dort mehr als 1100 Mk. Überschuss eins! Wenn der Fiskus hieran eine anständige Lohnhöhung bewilligte, hätte er seinem „väterlichen“ Charakter mehr Ehre gemacht.

Anzeigen folgen die siebenwpalte Kolonne.
Zeile resp. deren Mann 1.—März.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
20maliger Aufnahme 20 Prozent Rabatt.

Abonnementsspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Abonnementsspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Es wird eine Garantie dafür übernommen, daß Galerate an einem bestimmten Platz, Tag oder Stunde nur bei Aufnahme getragen.

Ganz besonders verdient die fiskalische Werksirtschaft im Saargebiet unsere Aufmerksamkeit. Weil zu großen Schaden die Saargebietskameraden erlitten durch ihre Nichtbeteiligung an der Kameradschaftlichen Organisation, geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

| Schicht | pro Arbeiter Verdienst pro Kalendertag Jahresverdienst | |
|---------|--|------------------|
| 1891 | 292 | 3,05 Mark |
| 1903 | 293 | 3,05 " 1128 Mark |

Der Lohn stand 1905 noch schlechter wie 1891, obgleich die Leistung pro Arbeiter von 221 auf 233 Tonnen gestiegen ist! Nur im Saargebiet ist der Bergarbeiterlohn 1905 gegen 1891 niedriger gewesen. In allen anderen Revieren stieg der Lohn. Nun befreit die Notwendigkeit des Bergarbeiterverbandes beweisen werden? Die Saargebietskameraden haben sich seit Verschärfung ihres Rechtshinvereins (1892/93) nicht mehr um die gewerkschaftliche Organisation gekümmert, sie verteidigen sich dem „Wohlwollen des Arbeitgebers“ an — und blieben niedriger im Lohn.

„Wohlwollen“ raten die Unternehmer „ihren“ Arbeitern, sich nicht dem Verband anzuschließen, der „schläft“ nur die Beiträge und „leistet nichts“. Die Kameraden lehnen aber, daß, wo die Kameraden sich im letzten Jahrzehnt gewerkschaftlich gerührt haben, auch die Lohnverhältnisse besser geworden sind wie im Saargebiet, wo die Kameraden dem Verband fern blieben. Der „Vater Staat“ gibt nur mehr Lohn, wenn sich die Kameraden darum bemühen.

Sehr lehrreich ist auch eine Betrachtung über die Wirkung des großen Ruhrgebietsstreiks auf die Lohnentwicklung. Als der Streik abgebrochen wurde, haben wir geschieben, ganz ohne Erfolg werde die Bewegung nicht bleiben. Das kann nun bewiesen werden an den Löhnen. Es haben die Durchschnittslöhne pro Schicht betragen:

| | 1905 | 1906 (drei Quar- | Bunghöhe |
|-----------------------|-------|------------------|----------|
| | Märkt | tale) | Märkt |
| Oberschlesien . . . | 3,05 | 3,19 | 11 |
| Niederschlesien . . . | 2,91 | 3,01 | 7 |
| Ruhrgebiet . . . | 4,05 | 4,20 | 26 |
| Saargebiet . . . | 3,80 | 3,85 | 5 |

Die Löhne der Ruhrbergleute sind nach dem großen Streik weit aus am meisten gestiegen! Die zweithöchste Lohnsteigerung hat Oberschlesien aufzuweisen, wo ebenfalls 1905 große Lohnbewegung war. Die geringste Lohnzunahme fand im Saargebiet statt, weil die Kameraden sich vollkommen gleichgültig gegenüber der Organisation verhielten! Der große Streik ist darum nicht erfolglos gewesen, sondern er hat nachträglich den Kameraden doch finanzielle Vorteile gebracht.

Wer Ohren hat zu hören, der höre! Der Bergarbeiterverband ist auf alle Fälle von großem Nutzen für die Kameradschaft. Ohne den Bergarbeiterverband wären die Kameraden längst zu willkürlichen Lohnsklaven herabgedrückt. Das wissen die Arbeitseinde sehr gut, deshalb verleumden sie den Bergarbeiterverband und wollen die Bergleute von ihm fernhalten. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß jeder Beitrag zur Gewerkschaft doppelt und dreifach, direkt und indirekt den Verbandsmitgliedern wieder zugute kommt. Wo der Bergarbeiterverband starken Einfluß besitzt, da haben die Löhne sich bedeutend besser entwickelt.

Darum Kameraden, lasst nicht nach in der Agitation, jedes neu geworbene Mitglied verstärkt die Kraft der Kameradschaft, zum Nutzen für den Einzelnen, zum Segen für die Gesamtheit.

Die Augen auf, Kameraden.

Die Werksherren nehmen Rache. Der Ausschall der Reichstagswahlen hat einesteils bewirkt, daß den Unternehmern der Kampf gewaltig geschwollen ist, haben doch tausende von Arbeitern gezeigt, daß sie sich noch als Sklaven betrachten, indem sie den Rück, der sie so oft getreten, noch tüsten, hingingen und diejenigen wählen, welche die Berggesetze zum Schaden der Bergarbeiter verpfuschten, die am liebsten jede Arbeiterorganisation hinweggewünscht.

Andererseits sind die Werksherren darüber erobt, daß gerade in den Industriezonen Rheinland-Westfalen, die Unternehmerfreunde schwächer unterlegen sind. Unterlegen trotz der von Werksherrenhänden gefüllten Kundtanzende von Markt. Unterlegen trotz aller Lügen und Verleumdungen, die man über die Arbeiterpartei verbreite. Die Arbeiter in diesen Zentren sind politisch reif geworden. Dies können die Herren aber nicht so leicht verschmerzen und machen sie der innerlich Kochenden Wut Lust, indem sie Rache nehmen, an solchen Arbeitern, die bekannt sind dafür, daß sie keine Kapitalistensöldlinge sind, sondern sich als freie Männer fühlen.

Die idom so oft von den Unternehmerlichen erprobte Methode, die Maßregelung, in wieder in ihre „Rechte“ eingefest. Von vielen Zechen des Ruhrgebiets wird uns gemeldet, daß sofort nach der Wahl tätige Mitglieder des Verbandes, Vertrauensleute von Zahlstellen, gemäßregelt, ohne Kündigung, mit Abzähnung von sechs Schadensentschädigungen entlassen würden. Ohne Kündigung, das ist eben der Trick bei diesen Entlassungen. Um ihre Rache genießen zu können, bezahlen die Geldpreise ja gerne die sechs Schichten. Der Abfehlein des Gemüts ist damit gezeichnet. Abgekehrt am 6. Februar, diese Worte auf dem Abfehlein genügen, um dem um Arbeit suchenden Bergmann das Mal auf die Stirne zu drücken. Das Mal des Geächteten, des von den Grubenprozessen hinangestiegen. Er mag dann von Zechen zu Zechen wandern, für ihn gibt es keine Arbeit, obwohl Werbegäste der selben Werke in Preussen, in Holland usw. nur so um Arbeitskräfte für die selben Zechen jagen. Der Arbeiter, er soll sich duschen und büßen, er soll diejenigen wählen von denen er weiß, daß sie nur Unternehmer- aber niemals Arbeitersinteressen vertreten. Tut er dies nicht, ja entlässt man ihm unter Monat und gedemt in höhnischer Schadenfreude, daß der Arbeiter von Ort zu Ort, von Werk zu Werk sich ändert, ohne Arbeit zu erhalten, daß seine Frau und seine unzähligen Kinder hunger leiden müssen, weil es der Kapitalismus will. So sieht die Unternehmermoral aus.

Doch nicht allein im Ruhrgebiet finden sich solche Herren, die vor der Wahl so arbeiterfreundlich sich geben, aber jetzt wieder ihr wahres Gesicht zeigen. Auch aus dem Frohburger Becken wird uns gemeldet, daß Leute, die schon 20 Jahre auf einer Grube waren, die ein halbes Menschenalter sich für den Kapitalisten aufgerichtet,

weil sie eine freie Meinung hatten, auf die Straße geworfen wurden. Auch den Arbeitern, die dazu beitragen, durch Unwissenheit oder Spießherrerei, die Macht der reaktionären Parteien zu stärken, werden jetzt die Augen aufmerken. Schon kann man merken auf welche Art die Herren „Sozialpolitik“ zu treiben gedenken. Ein älterer Revier hat die Verwaltung der Giesmannsdorfer Grube gezeigt, wo die Karre hingehen soll. Durch Anschlag wurde bekannt gemacht, daß statt der achtstündigen die zehnstündige Arbeitszeit eingetreten soll, die Bedingungen und die Schichtlöhne werden reduziert. So lösen die Herren ihr Versprechen der „Arbeiterschönlichkeit“ ein, so verstehen sie die „Sozialpolitik“.

Seien wir uns klar darüber, schweren Kampfen gehen wir entgegen. Die Maßnahmen der Unternehmer, welche sie bis jetzt schon trafen, lassen schlimmster erwarten. Doch sollen sie sich gefährlich finden, wenn sie glauben, die Bergarbeiter unterjochen, ihnen wieder längere Arbeitszeit, niedrigere Löhne bieten zu können. Man wird durch all diese Provokationen und Maßregeln nur erreichen, daß sich die Bergarbeiter immer fester zusammenzuholen, ihre ganze Kraft auszutreten um ihren einzigen Halt, die Organisation, erst recht zu stärken. In dieser Zeit, wo das Unternehmertum, frecher wie je vorgeht, darf und wird kein Kamerad in den Zahlstellenversammlungen fehlen, er wird die Erfahrungen die er durch lange Jahre gemacht, dort zum Nutzen der Organisation, zu Rat und Tat verwenden.

Der Ruf ergeht wieder, die alte Garde vor! Allüberall erheben sich die Arbeitervende gegen den ihnen so verhaschten Bergarbeiterverband, die Agitation muss mit allen Kräften eingesenken, um den Bürgern und Verleumdungen, die jetzt gegen den Verband ausgeübt werden, entgegenzutreten. Tue ein jeder wieder seine Pflicht, helft mit neuen Mitgliedern herbei! In der Grube, allüberall muss Aufklärung verbreitet, die Indifferenzen müssen gewonnen werden. Sagt denen, die noch fernscheinen, die bis jetzt noch nicht gewillt waren, mit einzutreten in die Reihen ihrer kämpfenden Brüder, ungeschminkt die Wahrheit! Sagt es ihnen, daß sie in ihrer Freiheit in ihrer Hunderdemut es sind, welche die Schuld tragen, daß es das Unternehmertum heute noch wagen kann, berechtigten Forderungen des Arbeiters entgegenzutreten. Kärt sie auf, welche schändliche Rolle sie spielen, wenn das Unternehmertum es noch immer wagen darf, gerade auf die Unorganisierten hinzuweisen, wenn es eine Forderung ablehnt. Macht sie darauf aufmerksam, daß es Kapitalistenblätter waren, welche schrieben, daß es etwas anderes wäre, wenn alle Bergarbeiter organisiert seien, dann würden auch die Werkbesitzer mit der Organisation verhandeln. Rüstet es ihnen zu, jenen Bauen und Furchthamen, daß sie durch ihre grenzenlose Gleichgültigkeit die Schuld daran tragen, daß wir noch keinen besseren Arbeiterschutz haben, daß es sogar das Unternehmertum wagen kann mit dem Gedanken umzugehen eine gelbe Gewerkschaft, eine Schützenkuppe für die Unternehmer aus den indifferenzen Bergarbeitern gründen zu wollen. Fragt sie, diese fernscheinenden Kameraden, ob sie nicht vor Scham erröten, daß sie durch ihr Verhalten dem Untermenschentum die Meinung beibringen, als seien sie zu jedem Verdienst bereit? Vorwärts mit verdoppelten Kräften agitiert, jede freie Minute vor der Arbeit benutzt, die Indifferenzen aufzuklären, zeigt dem prokligen Unternehmertum, was eine Garfe ist! Tausende von Mitgliedern sind noch zu gewinnen und müssen gewonnen werden. Wir kennen unsere Kameraden, die schon so oft Mut und Glaubt sitzen, denen aber die Unternehmertumskräfte nicht den Norden beugen konnte, sondern die straffer wie je dastehen. Wir wissen es, sie werden ihre Schuldigkeit tun und zeigen, welche Überzeugungskraft, welche Begeisterung unsere Freunde wieden können.

Auf zur Agitation von Mund zu Mund!

Nach auf eines müssen wir unsere Kameraden aufmerksam machen. In letzter Zeit versucht es sowohl die Unternehmerpresse wie auch bürgerliche Blätter, durch Verleumdungsartikel, hergestellt in einer Preßlungenfabrik, Misstrauen in die Herzen der Arbeiter zu säen. Wohl konnte man schon früher bemerken, daß die von Geldern der Großkapitalisten gegründete und mit deren Geld gehaltene Presse durch versteckt gebrachte kleine Notizen unsern Verband zu schädigen sucht. Den Preisfuß des Preßlungenverbandes scheint es jetzt nach der Wahl an Beschäftigung zu fehlen und wir können in einer großen Zahl obengenannter Blätter jetzt Lügen- und Verleumdungsartikel sehen, welche es bewirken sollen, dem von den Untern h. u. n. bestgehästeten Verband eins auszuwischen.

Sollen wir diesem Treiben ruhig zusehen? Stein und abermals nein! Krieg bis aufs Messer jenen Blättern, gleichviel wie sie heißen, welche die Sündnotizen der Preßlungenfabrik ihre Spalten öffnen und dadurch zeigen, daß sie arbeiterfeindlich gesinnt sind. Jeder Kamerad, der die Ehre des Verbandes noch hochhält, wird diesen Schnittens die richtige Antwort geben, indem er, wenn ein solches Blatt in seiner Wohnung aufliegt, dasselbe abbrettet. Denjenigen Zeitungen, welche sich erlaubten, in verlogener, gemeiner Weise den Verband anzuziehen, muß es gezeigt werden, daß dies nicht ungestraft geschieht. Sie müssen es an der Zahl der verloren gegangenen Abonnenten merken, daß die Bergarbeiter nicht gewillt sind, eine Zeitung zu halten, welche zur Freude der Unternehmer in schofer, verlogener Weise den Verband bekämpft. Wenn diese Blätter zum Nutzen der Unternehmer schreiben, mögen sie sich auch in diesen Kreisen ihre Abonnenten suchen. Der Bergarbeiter bedankt sich dafür, seine Organisation beschimpfen zu lassen und noch dafür zu zahlen. Mit wenig Ausnahmen hat die ganze bürgerliche Presse der verschiedenen Schattierungen eine gemeinsame Verdringung unserer Verbandsabrechnung gebracht und ihnen zugehörige Beleidigungen einfach unterschlagen. Nur die sozialdemokratische Presse hat sich insgesamt gegen diese Presseverleumdungen ausgesprochen, hat uns zur Aufklärung ihre Spalten zur Verfügung gestellt. Die Kameraden werden daraus ihre Schlüsse ziehen, wir haben keine Lust, das Gif, mit welchem man uns töten will, noch selbst zu bezahlen. Kameraden! Hinaus mit der infamen Lügen- und Schwendepresse aus euren Wohnungen, haltet nur arbeiterfreundliche Blätter! Wir wollen den Preßlungen zeigen, daß ein organisierter Arbeiter sich heute nicht mehr durch Lügen- und Tatenmärchen irgendeines Preßlungen irrt führen läßt, zum Nutzen des Unternehmertums. Wir werden uns um vieles den Kampf erleichtern, wenn wir durch Aufgabe des Abonnements der Sündepresse die Nahrung wegnnehmen und dafür die für uns eintretende Freiheit unterstreichen. Deshalb vorwärts, eingetreten in die Frühjahrsagitation, schon lockert und weckt die Sonne die harte Erde auf und vernichtet alle schlechten Geiste. Auch uns muß es gelingen, in diesem Frühjahr die Laven aufzuwecken, die Indifferenzen wachzumachen, ihre Herzen zu lockern zur Aufnahme des Organisations- des Zusammengehörigkeitsgedankens. Tragt Aufklärung in die Hütten der Armen und Unterdrückten, helft die Arbeitervende zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft auszubreiten, und helft mit vernichten und austrotzen das Unrecht, die zechenfreundliche Presse! Arbeit: ein jeder nach seinen Kräften, nur jeder seine Pflicht und der Samen, den wir im Frühjahr ausstreuen, wird reiche Ernte zum Nutzen der Bergarbeiter bringen!

Das Unglück in Reden und das Dreiklassenparlament.

Am 23. Februar standen im preußischen Landtag die Interpellationen der freisinnigen Volkspartei und des Zentrums auf der Tagesordnung. Wir kennen ja die Zusammensetzung dieses Dreiklassenparlaments zu gut, als daß wir uns der Hoffnung hingaben, daß dort etwas besonderes zum Schutze von Gesundheit und Leben der Bergarbeiter geleistet werde. Wir glaubten aber doch, daß die Zentrumspartei, welche sich sonst so arbeiterfreundlich gebenden, mit schroffen Worten das herrschende System auf den Saargruben

an den Pranger stellen und energisch auf Einstellung von durch die Arbeiterschaft gewählten Kontrollenräten in ganz Preußen dringen würden. Hier wäre Gelegenheit gewesen, Sühne zu fordern für die vielen Opfer, welche die Grubenfelder schon verschlungen haben. Bei ernstlichem Willen müßte es möglich gewesen sein, den Herren am grünen Tische begreiflich zu machen, daß es ja nicht weitergehen kann. Doch was geschah? Mit vorstichtig abwägenden Worten, um es ja mit der Regierung nicht zu verderben, die Verunglimpflichen bedauern, mit: „Es scheint und wenn und aber“ schlängelte man sich in seichtem Bredeslufe durch die Interpellationsdebatte. Kein kräftiges Wort, kein Aufdecken der saarabrischen Zustände, keine wichtige Aussage wurde vernommen. Nein, die Toten wurden bedauert, man steht dabei ja nirgends an und dann ging man in Freundschaft auseinander. Kommt wieder eine neue Katastrophe, nun, wie sagte doch die berühmte französische Zeitung von Voisin bei dem Unglück in Courrières. „In Sodom und Gomorrha schickte Gott Pech und Schwefel vom Himmel, um die Sünden zu bestrafen, heute sendet er Bergwerkskatastrophen, sie heimzusuchen.“ Gott will es, damit kommt man am besten über solche Unglücke hinweg und braucht sich nicht mit Ansagen gegen die herrschende Gesellschaft abzugeben. Sehen wir uns zuerst die Aussführungen des Herrn Handelsministers Dr. Delbrück etwas näher an. Er sagte unter anderem: Für das Saarrevier bestehet die bergpolizeiliche Vorschrift, daß vor der Belegschaft die sogenannten Wettermänner einfahren, um die Strecken auf das Vorhandensein schädiger Wetter zu untersuchen. Bei diesem Punkte hätten die Interpellanten besonders eingehen sollen, sie hätten vor der Offenheit feststellen müssen, daß es den Wettermännern in den paar Stunden, die sie in der Grube die Kontrolle ausüben haben, gar nicht möglich ist, alle Strecken zu reinigen. Dann wagte Herr Delbrück noch zu sagen, daß, wenn in der Riedengrube Fehler gemacht worden seien, diese nicht von Beamten, sondern von Bergarbeitern gemacht wurden. Besonders bemerkenswert ist der Ausspruch des Herrn Delbrück, daß er auch unter dem Einfluß des Riedenunglücks eine gesetzliche Regelung der Arbeiterkontrolle nicht in Aussicht stellen könne. Es soll also weiter gewurstelt werden, trotzdem eine Katastrophe die andere sagt, hat man noch keine Lust, auf die Forderungen der Bergarbeiter zu hören. Herr Delbrück weiß, was er sich im Landtag erlauben kann. Auch bemerkte Herr Delbrück, daß die Arbeiter noch nicht reif seien, um als Arbeiterkontrolleure in geheimer Wahl hervorzutreten, sie erhalten nach seiner Ansicht die Reife erst dann, wenn sie immer im Guten mit den Bergwerksverwaltungen auskommen. Daß das gute Verhältnis aber von den Grubenherren schnell gebrochen wird, wenn ein Arbeiter Mißstände vorbringt, ja daß man sich laut „Hilger-Krämer-Projekt“ jede Kritik von Arbeiterkontrolleuren energisch verbieten hat, davon wußte Herr Delbrück nichts zu erzählen. Lebhafte Beifall wurde ihm nach seinen Aussführungen gesetzt, dafür daß er Arbeiter angegriffen und erklärt hat, daß auch weiter die Forderung der Bergarbeiter auf Einführung von Arbeiterkontrolleuren unberücksichtigt bleibt. Der Zusammenzug des preußischen Landtags ganz entsprechend, daß „Bravo“ auf diese Ministerrede. Der „Schuhherr der Werkbesitzer“ hatte die Herren Abgeordneten jedenfalls mit seinen Aussklärungen, Berieselungskörpern seien auf den „Mustergebuen“, doch werde Sonn- und Feiertags auf diejenigen Schlagwetterreichen Gruben nicht berieselst, vollständig befriedigt. Herr Brust vom Zentrum wagte nur in ganz zähnen Tönen einige Einwendungen vorzubringen, welche auch mit dazu geeignet waren, die Schulden von dem System auf einzelne Arbeiter, Wettermänner, abzurechnen, also dem Herrn Minister ganz passend kommen mussten. Betreffs der Arbeiterkontrolleure wußte auch Herr Brust sehr wenig zu sagen, nicht besonders geistreich mutet auf die schroffe Ablehnung Delbrucks in Bezug auf Arbeiterkontrolle die Erklärung Brusts an: „Was den Bergarbeitern im Saarrevier gewährt werden könnte, darauf hätten doch auch schließlich die Bergarbeiter im Riedenrevier ein Areal“. Auch daß Herr Brust die verkürzten Verordnungen, die man erst erlassen will, mit Freuden begrüßt, zeigt so recht sein anpruchloses Gemüt. Es scheint auch von der Streikzeit im Ruhrrevier und von der damaligen Untersuchungskommission dort der Herren in die Ruhgruben, wenig gelernt zu haben, denn er ist wirklich so optimistisch oder will es wenigstens scheinen, als wenn er von der Kommission, welche die Saargruben befahren soll, etwas günstiges für die Bergarbeiter erwarte. Wir können diesen Optimismus nicht teilen, sondern wir haben erfahren, daß die Kommissionen auf den Gruben „Alles in Ordnung“ finden. Glaubt Herr Brust, daß im Saarrevier nicht auch alles in Ordnung ist? Der nationalliberale Herr Hilf dominierte wie gewöhnlich gegen die geheime Wahl, er will nicht haben, daß die Wettermänner oder Arbeiterkontrolleure von der Belegschaft durch geheime Wahl ihre Posten erhalten. Es ist eben Herr Hilf, zu dessen Positionen es anscheinend gehört, bei jeder Gelegenheit gegen das Wahlrecht Front zu machen. Der politische Abgeordnete Fortanty hatte wenigstens den Mut, direkt herauszusagen, daß die mangelhafte Bereisung die Hauptschuld an dem Unglück trage. Er defte das saarabrische System durch seine Erklärung auf, daß Bergarbeiter, die den Mut hätten, auf Mißstände aufmerksam zu machen, einfach entlassen würden. Ferner erklärte er, daß seine Partei auf der Forderung von Arbeiterkontrolleuren beharrte. Fortanty, ein Vertreter der Polen, war der einzige, der sich und bestimmt im Landtag für die Forderung der deutschen Bergarbeiter nach Arbeiterkontrolleuren eintrat. Ob sich nicht da in der Brust des früheren Vorsitzenden des „christlichen“ Gewerbevereins ein leises Schamgefühl regte? Es klingt wie Ironie und doch ist es Tatsache, ein Pole ist der einzige, der den Mut besitzt, für die deutschen Arbeiter eine Lanze zu brechen. Nachdem Minister Delbrück noch einige sehr wenig verprechende Erklärungen gemacht hatte, wurde ein Schlußantrag angenommen und es werden die Landtagsabgeordneten erst wieder Worte machen, ein Wörtchen über Bergarbeiterfrage zu berören, wenn eine neue Katastrophe sie dazu nötigt. Das einzige Greifbare, was bei der Interpellation herauskommt, ist, daß von jetzt ab die Saargruben am Montag vor der Anfahrt berieselst werden sollen. Das ist aber auch alles, wenn man nicht noch die Untersuchungskommission als eine alles verbessende Institution hinstellen will. Vergleicht man diese Verhandlungen mit der Vorstaatinterpellation im Reichstag, so wird es jedem Nachdenkenden klar, wer wirklich die Forderungen der Bergarbeiter aufrichtig vertreibt. Doch im Zentrum kommen ja die Arbeiterveterin immer erst an zweiter Stelle, konnte doch Herr Brust im Landtag als gelernter Bergmann erst nach seinem Fratz und Marx sprechen und mag ihm wohl durch seinen Vorredner gezeigt worden sein, wie man die Regierung interpellieren, aber doch ließ Kind bleiben kann. Es ist wirklich höchste Zeit, daß wir ein Reichsberggesetz bekommen, denn vom Landtag

sam der Bergarbeiter nichts erwarten. Man weiß dort nur hässliche Worte zu wechseln, wo es gilt, in wichtiger Angelegenheit ein System zu Fall zu bringen, das mit die Schuld trägt an den Massengräbern von Bergarbeitern.

Zweck und Nutzen der internationalen Verbündungen.

So manchmal kann man von Kameraden den Ausspruch hören, daß die internationalen Kongresse und Verbündungen den Arbeitern wenig nützen, dagegen die Bischöfung der Konferenz eine ganz schöne Summe Geld koste. Man habe früher davon auch nichts gewußt und es sei auch so gegangen. Sehen wir uns die Einnahmen etwas genauer an. Als die Verkehrsmitte noch nicht so vervollkommen waren, wie heutzutage, die Industrie noch nicht so weit vorangekommen war, wurden die geförderten Bodenschätze gewöhnlich nur in dem Landesteile wo man sie gewann verwertet. Ebenso wurden gewöhnlich diese Schätze auch nur von einheimischen Arbeitern gewonnen, höchstens daß bei Schürfungen alte Knappen von anderen Landestellen sozusagen als Lehrmeister mit tätig waren.

Heute kann man aber mit diesen Zeiten nicht mehr rechnen. Die Industrie aller Länder lebt in beständiger Konkurrenz. Die durch die neuesten Erfindungen vervollkommenen Techniken der Verkehrsmitte erlaubt es, die gewonnenen Bodenschätze nach aller Heimat zu liefern. Die Industrie ist statt ein Neben- ein Hauptfaktor in den verschiedensten Ländern geworden, die einheimische Bevölkerung reicht nicht mehr aus und man holt fremde Arbeit herbei, zugleich aber auch mehr als wirklich nötig sind, um das Nachliefern zu verhindern und die Völker drücken zu können. Auch sonst wissen die Industrieherrn aller Länder die Internationalität zu schätzen. Um durch gegenseitige Konkurrenz die Profite nicht zu schwächen, werden Kartelle und Truste gegründet, die Preise werden erhöht unter dem Vorzeichen, daß die Arbeiterschule gelitten seien und alles wird versucht, um die Dividenden immer mehr zu steigern.

Wer dies alles mit offenen Augen beobachtet muss sich sagen, daß die Arbeiterschaft allen Grund hat, die internationalen Verbündungen zu pflegen. Nehmen wir nur den einen Fall an, daß ein Streik ausbricht. Die Unternehmer werden mit allen Mitteln daran hindern, Arbeiter vom Ausland herzuholen. Nur dadurch, daß die internationale Arbeiterverbündung gut funktioniert, daß sofort von den Gewerkschaften des Auslands die Presse mobil gemacht wird, ist es möglich, Zugzug, welcher einen Ausgang des Streiks verhindern würde, zu vereiteln. Ferner könnte ein Streik zu nichts gemacht werden und ist auch so mancher resultlos verlaufen, indem in den Werken des Auslands Überschüttungen gemacht werden, die Produktion wird dadurch erhöht und der Aufschlag, den die Streikenden vorbrachten, gedest. Ist die internationale Verbündung gut ausgebaut, kann dies nicht mehr vorkommen. Die internationale vereinigte Arbeiter werden dann — statt Überproduktion hervorzu bringen die ins Ausland geliefert werden kann zum Schaden der dort Streikenden, — ihre Arbeitsergebnisse einschränken. Weiter hat die internationale Verbündung das Güte, daß auswandernde Kameraden als Gewerkschaftsmitglieder im fremden Lande von den dortigen Kameraden gut aufgenommen werden und ihre durch Krieg exportierten Rechte erhalten. Sie werden z. B. Mitglieder unseres Verbandes in anderen Ländern kostenlos aufgenommen, während ein unorganisierte schwer bezahlen kann, abgesehen von den Scherereien die er sonst noch hat, die öfters sogar mitbringen, daß er keine Arbeit erhalten kann. Frühere Gegner der internationalen Verbündungen, die ja manchmal erklärt, daß internationale Kongresse wertlos seien, wie z. B. der „christliche“ Gewerbeverein, haben sich denn auch eines anderen besonnen und streben heute danach, mit einer internationalen Verbündung und Vorteilen teilnehmen zu können. Sie sind zu Verständnis gekommen, wenn auch etwas spät.

Vor uns liegt der Bericht über das letzte Vierteljahr 1906, herausgegeben von Mr. Ashton, Generalsekretär der internationalen Bergarbeiterfederation. Wir sehen aus diesem Berichte, daß die Bergarbeiter aller Länder in regem Verkehr miteinander stehen. Wenn ein Streik ausbricht droht, bei Vorlage von für die Bergarbeiter möglichem Gelegenheit, kurz und gut bei allen Fragen, die einschneidend für die Lage der Bergarbeiter sind, treten die internationalen Sekretäre in Verbindung. Sie suchen zum Besten der gesamten Bergarbeiterfamilie zu belehren und zu lernen.

So sagt uns der erwähnte Bericht, daß in England bedeutende Erhöhungen des Minimallohnes eingetreten sind. Doch sind auch die englischen Bergarbeiter sehr gut organisiert und späterwillig, ihn jederzeit dem Unternehmertum ein Paroli bieten zu können. Hatte doch die englische Bergarbeiterfamilie des Districts Northumbria am Ende des Jahres 1905 ein Vermögen von 2465840 Pf. in der Kasse. Ende September 1906 waren schon 2586220 Pf. vorhanden. Dabei zählt diese Distriktsorganisation für Northumbria nur 22067 Voll- und 2301 Halbtagsarbeiter. Die Engländer haben bei ihren Kämpfen erkennen gelernt, daß eine gutgefüllte Kasse die Hauptbedingung ist, dem Unternehmertum Respekt einzuflößen und sie schenken keine Opfer, wenn es gilt diese Macht noch zu vergrößern.

Die Amerikaner haben im Berichtsjahr zwei ihrer Führer, die Kameraden Wilson und Nichols in die Parlamente gewählt und zwar mit einer überwältigenden Mehrheit. 15 Vertreter haben jetzt die amerikanischen Kameraden in der legislativen Körperschaft Pennsylvania, die dafür eintreten, die Lage des Bergarbeiters zu verbessern und brauchbare Gesetze zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der amerikanischen Kameraden zur Annahme zu bringen. In Österreich haben sich die Bergarbeiter Lohn erhöhungen von 5 bis 20 Proz. erarbeitet.

In Belgien wurde eine Statutaränderung des Bergarbeiterverbandes vorgenommen. Es soll nach dieser Änderung alles dann gezeigt werden lokale Streiks zu vermeiden, um, wenn nötig, die Mittel zu haben, einen allgemeinen Streik zu intensivieren, der durch Zahl und Disziplin imponiere. Aus dem Lütticher Distrikt wird berichtet, daß die Völke um 5 Proz. gestiegen seien, aus dem von

Bon Frankreich wurde bekannt, daß sich die französischen Bergarbeiter zu einem Verband, der nationalen Federation der französischen Bergarbeiter, zusammengefaßt haben, der hinzweilen dem internationalen Verband der Bergarbeiter angeschlossen ist.

Auch unser Kamerad Hue in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär, hat dem Generalsekretär alles wissenswerte über die Bergarbeiterbewegung in Deutschland berichtet und nimmt dieser Bericht etliche Seiten in der Abhandlung Ashton's ein. Durch die von uns eingeleitete Lohnbewegung ist es ja auch gelungen, was wohl niemand abstreiten wird, daß die Unternehmer gezwungen wurden, von ihren Riesenprofite etwas abzugeben um die Bergarbeiterlöhne zu erhöhen. Wohl sagen die Stahlbarone, sie hätten auch etwas angelegt, ohne daß die Bergarbeiter Lohnforderungen gestellt hätten. Wir kennen ja die „Güte“ dieser Herren und wissen sehr gut daß, wenn nicht die machtvolle Organisation hinter den Forderungen der Kameraden gestanden hätte, es dem Unternehmertum nicht eingefallen wäre, auch nur einen Deut zuzulegen. Besonders hatten die Herren Respekt vor der internationalen Verbündung der Bergarbeiter, denn sie erkannten wohl, daß dieselbe schon so weit funktioniert, um den gewechselten Worten auch durch Taten Nachdruck zu geben.

Besonders interessant ist der Schluß des Berichtes von Mr. Ashton. Es wird die Aufschluß über das Ergebnis der Lohnforderungen der englischen Bergarbeiter gegeben. Danach wurden die Kameraden seit August v. J. in Verhandlung. Fünf Sitzungen des Einigungs-Komitees fanden statt. In der letzten Sitzung wurden nun folgende Abmachungen getroffen:

- Der Minimallohn wird auf 87½ Proz. über die Lohnbasis vom Jahre 1888 festgesetzt.
- Maximallohn 60 Proz. über die Basis vom Jahre 1888.
- Die Dauer des Kontraktes ist 3 Jahre, vom 1. Januar 1907 an gerechnet.
- Der Lohn wird um 5 Proz. vom 1. Januar 1907 an erhöht.

Wir sehen aus diesen Mitteilungen, daß die englischen Kameraden wieder einen Erfolg errungen haben, dank der in ihren Reihen herrschenden Disziplin. Die Unternehmer boten 2½ Proz. Erhöhung, doch gaben sie nach, da sie es nicht zum Kampf kommen lassen wollten. Wichtiger noch unsere Grubenarbeiter von den englischen Unternehmern lernen. Diese stellen sich nicht auf den Herrn im Hause-Standpunkt, sie verhandeln mit der Organisation der Bergarbeiter. Es werden Kontrakte abgeschlossen, die auf Jahre hinaus Gültigkeit haben. Die Industrie ist dadurch auch auf Jahre vor Überraschungen von Arbeiterseite aus gesichert, während die Arbeiter in dieser Zeit ihre Organisation immer besser ausbauen und immer machtvoller gestalten.

Wir können aus diesen internationalen Berichten vieles lernen. Das deutsche Unternehmertum wird erst dann von seinem Progenstypus abweichen, wenn die Organisationen ihm an Macht über sind. Auch in Deutschland werden sie sich noch herbeilassen müssen, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Je eher dies geschieht, desto besser wird es für die Industrie sowie auch für die Arbeiter sein. Um dies aber baldigt zu erreichen, muß die große Zahl der Indifferenzen, der Unorganisierten verschwinden; nur eine gut organisierte Arbeiterschaft kann dem Unternehmertum Respekt und Anerkennung abzwingen. Deshalb hinweg, ihr Kameraden, mit allen kleinen Zäckerien und Mörgelchen, widmet eure freie Zeit der Ausklärung der unorganisierten Massen. Sagt es ihnen, daß sie mit die Schuld tragen an den heutigen schlechten Verhältnissen der Arbeiterschaft, fragt sie, ob sie sich als Führer des Arbeiterwohls auch noch fern von gebrauchten lassen wollen, rüttelt sie auf, die Tränen und Niedergedrückten, führt sie dem Verbande zu! Mit jedem neuen Mitglied kommen wir einen Schritt näher an die Bewilligung der Arbeiterforderungen heran. Auf zur Agitation! Heftet mit, daß sich die Phalange der Streiter um die Bergarbeiterrechte immer dichter schließt, daß es in dem Heere der Bergarbeiterchaft keine Marodeure mehr gibt. Das Frühjahr erwacht, die Erde bereift sich von den Fresseln, die ihr der Winter anlegte, neues Leben spricht hervor, Mut und Hoffnung lehren in den Herzen der Menschen wieder ein.

Wenn wohlan, Kameraden, streut auch ihr den Samen der Menschenverbrüderung aus, helft den Kameraden, welche noch in den Reihen des Unverständes oder sträflichen Verachtungs schwärmen, diejenen abzustreifen, und wir werden mit Stolz um Lebendabend aufrufen können: Wir haben nicht umsonst gelitten und gekämpft, unser Leben war wert, gelebt zu werden!

Soziale Geschgebung und Verwaltung.

Eine für das Vereinsleben der Arbeiter wichtige Entscheidung hat kürzlich das preußische Oberverwaltungsgericht in einem Verwaltungsstreitverfahren des Arbeiters H. v. Elm gegen den Regierungspräsidenten getroffen. Die Vorgeschichte des Prozesses ist folgende: Zu Brandenburg und Umgegend war es den sozialdemokratischen Arbeitern unmöglich gemacht worden, das Vereinsleben pflegen zu können, weil ihnen die Wirts ihre Lokale verwiegerten. Nicht einmal einen harmlosen Gefangen waren die Wirts bei sich aufnehmen. Da entschlossen sich die Arbeiter, in der Räte des Arbeiters Lewin einen Raum herzurichten, um wenigstens für ihren Gefangenverein "Einigkeit" ein Unterkommen zu finden. Die Ausführung des Plans fand statt und die genannte Biederhof hieß ihre Uebung in dem hergerichteten Lokale ab. Später auch gedachte der Sozialdemokratische Verein von Brandenburg, dessen Vorsitzender der Arbeiter H. Elm ist, in dem Lokal eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Die Anmeldung erfolgte und eine Bescheinigung wurde über die Versammlung, weil ihm das Lokal zur Abhaltung derselben nicht geneigte. Die Befreiung rde beim Landrat sowohl wie beim Regierungspräsidenten wurde zurückgewiesen und nun klage H. Elm vor seinen Rechtsbeistand Dr. Herz in Altona gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht. Die Klage mußte für begründet erachtet werden. Wie der Reichshof in der Entscheidung vom 28. Februar 1905 (Preußisches Verwaltungsblatt, Jahrgang XXVII, Seite 584) ausführt hat, darf die Polizei eine nichtöffentliche Vereinsversammlung auf Grund des § 17 Teil II des Allgemeinen Landrechts zwar von einem Raum fernhalten, der dem Eigentum droht, oder die äußere Zahl von Teilnehmern, die in dem Raum zusammentreten dürfen, festsetzen und den Zurtritt von mehr Personen verhindern, aber nicht die für den Raum eingerichtete, weil er zu klein oder sonst ungeeignet erscheint, obgleich sonst seine Benutzung zum Aufenthalte von Menschen gestattet wird. Das gänzliche Verbot der Versammlung ist nicht das nötige Mittel, um Gefahren, die aus einer Überfüllung entstehen könnten, vorzubeugen. Daß die Lewinische Rente überhaupt zum Aufenthalte von Menschen aus Sicherheitspolizeilichen Erwägungen nicht geeignet sei, behauptet der Beklagte nicht und geht auch aus dem Bericht des Amtsgerichtes nicht hervor. Wird selbst unterstellt, daß alle Bedenken, auf die der Beklagte hinweist, tatsächlich zutreffen, so würde immer nur eine polizeiliche Beschränkung der Teilnehmerzahl oder eine Anordnung, gewisse Aenderungen des baulichen Zustandes vorzunehmen, zulässig gewesen sein.

Ein Minister als Anhänger sozialdemokratischer Theorien. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Änderung des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1885, betreffend die Einschränkung des privatkapitalistischen Spekulation (siehe vorige Nummer unseres Blattes) erregte sich im Landtag am 25. Februar folgende Episode: Der freisinnige Volksstaatsler Krüger erklärte, daß Gesetz wolle eine zu große Macht in die Hände des Staates legen. Was vor der Bergbaufreiheit noch übrig steht sollte man erhalten. Bei der Beseitigung der bestehenden Mängelstände im Bergbaurecht würden seine Freunde mitmachen. Darauf erwiderte ihm der Handelsminister Delbrück. Wenn der Vortreter in der Vorlage einen gewissen kommunistischen, sozialistischen Zug erkannte, so habe er vielleicht nicht ganz unrecht. Man sei doch im Laufe des letzten Jahrhunderts zu der Überzeugung gekommen, daß man nicht alles den Privaten überlassen dürfe. Ganz unserer Meinung Herr Minister, bloß schade, daß die Herren nicht schon früher sich mit dem Studium sozialistischer Literatur abgaben, die Eckenuntersuchung zwar etwas spät, aber sie kommt. Ob Herr Delbrück keine Angst vor dem "Niederrreiten" hat, wenn er solche Worte gelassen ausspricht?

Bon der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages werden folgende Anträge sozialer Natur eingebrochen werden: Schaffung eines Reichsberggesetzes, Einführung des geheimen Stimmrechts für die Knapschaftskassen, Einführung von Fachgerichten nach Art der Gewerberichter für die ländlichen Arbeiter und das Gesinde, Sicherung des Rechtsschutzes und Einführung von Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter, Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken, soziale Regelung des Knapschaftswesens, reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens.

Der Bundesrat hat neue Vorschriften erlassen über die Einrichtung und den Betrieb der zur Auflösung von Zigaretten bestimmten Anlagen; sie treten am 1. Mai d. J. in Kraft. Die wichtigsten dieser Vorschriften beziehen sich auf das Halten besonderer Arbeits-, Lager- und Trockenräume, die nicht als Wohn-, Koch- und Vorraträume benutzt werden dürfen, und die Beschaffenheit von Räumen, in denen das Abtippen von Tabak, das Wickeln, Rollen oder Sortieren von Zigaretten vorgenommen wird. Tabak darf nicht anders als in angestrichenem Zustande gemischt und nur in den Trockenräumen getrocknet werden. Weitere Vorschriften beziehen sich auf die Reinhalterung und die Rüstung der Arbeitstrümme, wie auf Schaltung der Gefundheit der Arbeiter, Arbeitserinnerungen und jugendliche Arbeiter müssen sie im unmittelbaren Arbeitsverhältnisse zum Unternehmer stehen, wenn sie in dessen Fabrikräumen beschäftigt sein wollen. Zum Schutz der Zigarettenfabrikanten gegen Anstellung ist die Bestimmung getroffen, daß die Arbeiter die Zigaretten nicht mit dem Mund bearbeiten, auch die Zigarettenmesser nicht mit Speichel besprinken dürfen. Seltamerweise finden alle Vorschriften nur Anwendung auf Betriebe, in denen nicht aus-

schließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden. Eine ganze Familie kann sich also, wenn sie nur hübsch unter sich bleibt, weiter den Gefahren aussetzen, gegen die mittels seiner Bestimmungen angelämpft werden soll.

Aus den Berggewerbegerichten.

Übersicht über die Wirksamkeit des Berggewerbegerichts Dortmund.

| Jahr | Anlagen, welche eingehängt waren | Welche erledigt wurden | | | Dauer der Prozesse | | | Rechtsstreit im Werte | | | | | | |
|------|----------------------------------|------------------------|-------------|-------------|--------------------|-------------|-------------|-----------------------|-------------|-------------|---|---------|--------|----|
| | | Bergisch | Westfälisch | Westfälisch | Westfälisch | Westfälisch | Westfälisch | Westfälisch | Westfälisch | Westfälisch | | | | |
| 1900 | 805 | 166 | 108 | 33 | 48 | 382 | 30 | 60 | 184 | 88 | 7 | 848.876 | 91.67 | 9 |
| 1901 | 932 | 180 | 84 | 38 | 70 | 364 | 22 | 85 | 146 | 92 | 9 | 937.884 | 106.77 | 18 |
| 1904 | 1012 | 119 | 87 | 55 | 50 | 442 | 20 | 99 | 203 | 100 | 5 | 422.490 | 107.72 | 14 |
| 1905 | 952 | 191 | 50 | 75 | 82 | 401 | 33 | 71 | 192 | 108 | 2 | 438.850 | 110.50 | 14 |

Wie man aus dieser Aufstellung ersieht, haben die Klagen abgenommen und sind dafür die verschiedensten Gründe anzuführen. Einmal, daß die Arbeitgeber sich organisierten Arbeitern gegenüber schon nicht mehr erlauben wie früher, Löhne usw. rechtswidrig einzuhalten, aber dann auch daher, daß sich Unorganisierte, aus Furcht vor der Sperrung und anderen Maßregeln des Unternehmers, nicht trauen, ihre Rechte zu suchen. Letzteres wieb wohl den meisten Einfluß auf die Verringerung der Klagen aus.

Dortmund. Sitzung des Berggewerbegerichts, Spruchkammer N. Bochum. Verhandlung vom 15. Februar 1907. Als Zeitleitung erteilt von Seite der Arbeitgeber Herr Baumg. v. von Arbeitnehmernseite aus Kamerad W. B. h. e. Der Bergmann E. Klug, Klage gegen die Zeche Rothringen auf Herauszahlung von sechs Schichten, wegen kind gunstloser Entlassung. Es wurde ihm aber nachgewiesen, daß er wegen Haftschiedsbruch entlassen sei und zog er seine Klage zurück. Auch die Kläger W. J. und W. N., die ebenfalls wegen unrechtmäßiger Entlassung auf Auszahlung von sechs Schichten eingesetzt gegen die Zeche Hannibal k. zogen ihre Klage zurück. In der Klagesache des Bergmanns E. Kl. gegen Zeche Karoline g. k. l. wurde der Termin, behut Begeisterung vertragt. Auch hier handelt es sich um die Forderung von sechs Schichten wegen kindgunstloser Entlassung und stand am 25. Februar vortermin an. Beklagte wurde auf Grund der Zeugenaussagen in die Kosten verurteilt und muß dem Kläger für sechs Schichten den Lohn, die Summe von 85,58 Mk. ausbezahlt.

Leipzig. (Sitzung vom 10. Februar.) Der Vorsitzende Dr. Weigelt gibt eingangs bekannt, daß der Arbeitgebervertreter Obersteiger Team Brandis unentschuldigt fehlt. An seiner Stelle fungiert der zuständige Direktor Bier vogel. Als erster Punkt kam zur Verhandlung die Berufung des Bergarbeiters Karl Friedrich Steinbach in Mohrbach gegen den Vorstand der Allgemeinen Knapschafts-Pensionskasse für das Königreich Sachsen in Freiberg. Kläger gehörte der Kasse seit Anfang April 1905 an, ist 58 Jahre alt, längere Zeit magenkrank und leidet an Lungentuberkulose. Obwohl er längere Zeit arbeitsunfähig ist, lautet ein von der Kasse über den Kläger eingeholt Gutachten bei der Med. Universitätsklinik Leipzig ungünstig. Zur Erlangung des Invalidengeldes ist Kläger wegen Nichterfüllung der vorgeschriebenen Wartezeit nicht berechtigt und wird Kläger auf die Invalidenrente mit Meldischung aufmerksam gemacht. Nach § 87 Absatz 4 des Kassenstatutes wird Kläger an die Bezirkskommission verwiesen und beantragt Kläger seinesseits, Herrn Dr. Schiold, Lautig. Die Angelegenheit wird bis auf weiteres verlegt. Hierauf folgt die Berufung des Tagearbeiters Emil Ackermann in Schildau gegen den Vorstand von Sektion VII der Knapschafts-Berufsgenossenschaft in Bautzen. Sachverhalt ist folgender: Ackermann hat sich am 7. September 1904 auf der Bierthage in Görlitz an der linken Hand einen Unfall zugezogen. Zum großen Nachteil ist dem Berufungskläger, daß er im Januar 1905 den Eintritt in Höhlers Hellental in Bautzen verloren hat. Bis zum 10. Februar 1905 bezog er eine Rente von 40 Prozent, nach dem eine solche von 20 Prozent. Auf Grund eines Gutachtens vom 11. Dezember 1905 war die Rente auf 10 Prozent herabgesetzt worden, wogegen Ackermann in Berufung eingesetzt und Weitergewährung von 20 Prozent beantragte. Das Schiedsgericht schloß sich der Aussaffung der Berufsgenossenschaft und mit einer Berufung auf den Vorstand der Berufsgenossenschaft zurück. Als letzter Punkt fand Eredigung die Klage des Bergarbeiters Emil Bernhard Opiz in Borna gegen die Knapschaftskrankenkasse für Borna und Lingnau wegen Weitergewährung von Krankengeld oder Bezahlung freier Kur und Verpflege in einem Krankenhaus. Der Fall selbst förderte eine Menge sozialen Elends innerhalb der Bergarbeiterkreise zutage. Opiz hat keine gefunden & auch dem Grubenpatent geopfert, ist heute, wie aus ärztlichen Gutachten hervorgeht, ein Opfer sozialen Elends, schlechte Wohnungsbedingungen, zahlreiche Familie und Armut tragen die Schuld an dem Schwächezustand derselben. Opiz hat vor Jahren zwei Unfälle auf Gewerkschaft Wilhelm Imschach in Gnandorf erlitten. Nach zwei bis drei Jahren stellte Opiz Antzug auf Insassentreute, wurde aber von leicht Instanz endgültig abgewiesen. Später erhielt Opiz auf Grund eines ärztlichen Gutachtens von Dr. Lieber in Borna Insassentreute in Höhe von 188,40 Mark. Ein ärztliches Gutachten von Dr. Lorenz Lucka, führt den Zustand des Opiz auf Unterschreitung des Knapschaftsvorschriften zurück. Endlich wird auf Grund eines ärztlichen Gutachtens von Professor Dr. Windischke, Leipzig, dem Opiz die Invalidenrente wieder entzogen. Das sei schwerer bemerkbar. Am 11. Oktober 1906 erkrankte Opiz an Zustenzen. Die Kranken kasse schickte ihn am 10. Jan. 1907 zwecks Untersuchung nach der Med. Universitätsklinik zu Leipzig. Auf Grund des erlangten ärztlichen Gutachtens stellte am 12. Januar die Knapschaftskrankenkasse die Entlastung ein, wogegen Opiz Berufung einlegte. Ein vorhergegangener Vergleichstermin verlief resultlos. Beklagte beantragt Abweisung der Klage. Das Schiedsgericht hatte von Dr. Steinau, Borna, über Opiz ein Gutachten am 17. Februar 1907 eingeholt, woraus hervorgeht, daß bei eingemachten guten Willen Opiz zu Lebtagarbeit fähig ist und schlicht mit den Worten: Wir müssen alle arbeiten. Opiz legte selbst dem Schiedsgericht ein Gutachten von Professor Dr. Kelliker, Leipzig, vor, das aber auch nicht besonders günstig für ihn lautet. Ungünstig für Opiz war, daß er nicht den Beruf gemacht hatte zu arbeiten, obwohl er betonte, daß er noch zu schwach sei und die gegenwärtige rauhe Witterung auf seinen Zustand schädlich einwirke, scheint ihm das Schiedsgericht keinen Glauben und wies die Klage zurück; die besonderen Kosten hat der Kläger zu tragen. Empörend auf den immerhin schwächeren Arbeiter wirkten die Worte: Alleingeschult sei die Arbeit. Der Fall Opiz lehrt die Bergarbeiter, daß, nachdem sie ihre Kräfte den Grubenarbeiter in unverantwortlicher Weise geopfert haben, von früh bis spät drauflos mühten, hierbei ihre Gesundheit nicht schonend, sondern dem Willen der Beamten gehorchend große Zeche leisteten, wenn das Werk herausgeholt ist, der Kumpel seinem Schicksal überlassen wird. Viel Schuld trägt auch die mangelhafte Hygienische Einrichtung vieler Braunkohlengruben und das Nordsystem: Die getrennten Gedinge. Die Räumen sind formal im-

erbaut. — Wielich, die Herren Aktiendreieck haben alle Ursache, mit diesem "Ordnungsstaate" zufrieden zu sein, der es ihnen ermöglicht, in hilflos ungeheure Gewinne in die Taschen zu schieben.

Aus den Unternehmerverbänden.

Ein Schriftmacherverband für das deutsche Glasgewerbe. Unter dem Namen „Schuperverband Selbständiger Glaser und verwandter Gewerbe Deutschlands“ ist nun eine Unternehmerorganisation zustande gekommen, die sich in einem Statut nach als ein echter Schriftmacherverband darstellt mit dem ja glücklicherweise unerreichbaren Zweck, jedes rechte Streben des organisierten Glasergeschäfts nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unumstößlich zu machen.

Das internationale Schriftmacherschaft ist verändert worden auf erweiteter Grundlage. Dieser Unternehmerverband hat das Abschlagsgebiet für Schienen unter die deutschen, belgischen, französischen, englischen und amerikanischen Schienengroßfabrikanten aufgeteilt. Wenn sich Arbeiter international über ihre Interessen verständigen, fällt die Weltwirtschaftspresse über die „Weltlandes-Schiffen“ her.

Die Plutokratie in den Unternehmerverbänden. Was von uns schon so oft behauptet worden ist, daß nämlich in den Unternehmerverbänden, die angeblich zum Schutze der kleinen und schwachen selbstständigen Existenz gegründet worden sind und noch gegruendet werden, die Großen die Kleinen und Schwachen ebenso über den Löffel backen, wie sonst im wirtschaftlichen Leben, wird neuerdings wieder erhärtet durch ein Statut, das jüngst im neugegründeten Arbeitgeberverband für das Leipziger Fahr- und Verkehrsgewerbe angenommen wurde. In diesem Unternehmerverband, über dessen konstituierende Versammlung wir in der Mittwochnummer berichteten, und dessen Zweck nach § 2 des Statuts die Wahrung der Unternehmerinteressen „gegenüber ungerechtfertigten Ansprüchen von Arbeitnehmern und deren Verbänden“ ist, bezeichnet die Großen die Kleinen durch ein einziges Zusammensetzungswort: „gegenüber ungerechtfertigten Ansprüchen von Arbeitnehmern und deren Verbänden“. Für je angefangene 10000 Mt. der für den zu zahlenden Jahresbeitrag maßgebenden Jahreslöhne steht nämlich jedem Mitgliede eine Stimme zu und so können die zahlungsfähigsten natürlich mit einer ganz erheblichen Anzahl Stimmen ansetzen. Dazu kommt noch, daß in den wichtigsten Angelegenheiten dem Vorstande Vollmachten zugeschenkt werden, die ihm die Mitglieder völlig in die Hand spielen. So heißt es im § 11 Absatz 2: „Insbesondere haben sie (die Mitglieder) Unterhandlungen mit der organisierten Arbeiterschaft ausschließlich durch Vermittlung des Vorstandes zu führen, bei Streitigkeiten, die zu einer Arbeitsinstellung führen können, über die Forderungen der Arbeiter keine selbständigen Entwicklungen zu fassen, sondern die Einschließung des Vorstandes einzuhören und sich zu unterwerfen; bei Beleidigung von Arbeitnehmern sich ausschließlich der Vermittlung des Arbeitsnachweises de Verbandes zu bedienen, sofern der Nachweis sich überhaupt mit der Vermittlung derartiger Stellen bezieht.“ Wenn ein Mitglied gegen den Willen des Vorstandes tanzen sollte, verfällt es einer Strafe von mindestens 100 Mt., die bis zu zwey Prozent der Jahreslöhneung festgesetzt werden kann. Die Mitglieder sind also dem Vorstande, in dem natürlich die Großen die Plutokratie haben, geradezu ausgeliefert, und die Phrase vom „herren im Hause“ hat sich aus neuer als Phrase erwiesen. So legen die kleinen Unternehmer auch hier wieder in der Standarte der Großen, die ihre Macht ihnen gebrauchen werden, ihr Heu ins Trockne zu bringen, und dazu die Kleinen vor ihren Wagen spannen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Kampf im Brauergewerbe. Einen schweren Kampf im Bremer Brauergewerbe haben die dortigen Brauerinnen angezettelt. Auf die Weigerung der Bierfahrer, aus der Organisation auszutreten und einen Neuwert zu unterschreiben, sperrten die Brauerbetriebe über 100 Bierfahrer aus. Das Bremer Gewerkschaftskartell hat sofort energisch eingegriffen und wird über die aussperrnden Brauereien wahrscheinlich den Boykott verhängen.

Von der Berliner Holzarbeiterbewegung. Die Berliner Holzindustriellen lauern in die blücherliche Presse eine Notiz, wonach die Zahl der Ausgepriesenen 14000 betrage. Deutgegenüber ist festzustellen, daß die Bahnen wesentlich niedriger sind. Zu ganzen sind bis jetzt gemeldet 718 ausgesperrte Betriebe und 8865 ausgesperrte und streikende Arbeiter. Davon sind abgegangen 118 Betriebe und 1792 Arbeiter. Am Samstag, den 18. Februar, betrug die Zahl der ausgesperrten Betriebe 608 die der ausgesperrten und streikenden Arbeiter 6773. 22 Unternehmer haben die Aussperrung aufgen

Verbandsältesten ohne feste Organisation auf beiden Seiten nicht gut denbar sind, so ist aus dieser Antipathie auch ein Schluß auf die Stellung eines Teils der Unternehmer gegenüber Tarifverträgen zu ziehen. Nur im Baugewerbe hat die Tarifvereinigung auch in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht, so daß denn auch im Baugewerbe die zahlreichsten Tarifverträge bestehen. Während im ganzen Jahre 1908 durch Wohnungsbau, Straßen und Auspeppungen 1607 Arbeitsverträge für 257701 Arbeiter erledigt wurden, entfallen von dieser Summe allein 608 Tarife für 16082 Arbeiter auf das Baugewerbe.

Ein neues Gewerkschaftsorgan, Der Handels- und Transportarbeiterverband hat soeben ein neues Organ: "Der Straßenbahner", zur Abstaltung unter den Straßenbahnen herausgegeben. Das Blatt ist vierzig und erscheint wie der "Strritter" alle 14 Tage.

Internationale Rundschau.

Die Entwicklung der französischen Gewerkschaften nach den Mitteilungen des französischen Arbeitsamtes stellte sich in der Zeit von 17 Jahren folgendermaßen:

| | | | |
|----------------------|---------|----------------------|---------|
| im Juli 1890 . . . | 180 602 | im Januar 1890 . . . | 410 761 |
| " 1891 . . . | 206 152 | " 1000 . . . | 491 047 |
| " 1892 . . . | 288 770 | " 1001 . . . | 588 882 |
| " 1893 . . . | 402 125 | " 1002 . . . | 614 178 |
| " 1894 . . . | 408 440 | " 1003 . . . | 681 167 |
| " 1895 . . . | 419 781 | " 1004 . . . | 782 686 |
| " 1896 . . . | 422 777 | " 1005 . . . | 781 834 |
| im Januar 1898 . . . | 487 708 | " 1006 . . . | 808 184 |

Die Zahlen sind sicherlich zu hoch, da das französische Arbeitsamt jede dem Gesetz Waldeck-Rousseau von 1884 entsprechende Vereinigung als Gewerkschaft betrachtet. Dies ist auch der Fall bei vielen Streikvertragsorganisationen, die man "gelbe Gewerkschaften" nennt, deren Leiter der abtrünnig gewordene Sozialist Biétry ist, der am 1. Mai mit der Hilfe und dem Geiste der Konservativen und der Liberalen im Preußischen Wahlkreis in die Deputiertenkammer gewählt wurde. Wir nehmen an, daß von den 888 000 Mitgliedern, die das Arbeitsamt angibt, wenigstens 150 000 zu diesen "freie Arbeit"-Leuten gehören. Dies würde annähernd 700 000 Mitglieder reeller Gewerkschaften ergeben, was auch noch ein prächtiges Wachstum während der letzten zehn Jahre bedeutet. Die größte Zunahme fand 1900 statt, wo sie 97 000 betrug. Wir haben 69 835 reelle Gewerkschaftsmitglieder gegen 61 405 im Jahre 1904 und 59 768 im Jahre 1908. Zu der Konkurrenz der Arbeit zählen die eingeschlossenen Verbände im Mai 1904 für 158 000 Mitglieder, im Mai 1908 für 208 273. Ohne Zweifel geben manche Gewerkschaften dem Arbeitsamt und der Konföderation verschiedene Zahlen an. Bei dem Arbeitsamt, wo sie mit großen Zahlen glänzen wollen, überreichen sie ihre Zahlen jedoch bei der Konföderation, wo sie sie je 1000 Mitglieder zu zählen haben, "verkleinern" sie ihren Bestand, so daß die 200 000 der Konföderation angeschlossenen Mitglieder in der offiziellen Statistik als 800 000 erscheinen. Ebenso umfaßt die Konföderation noch nicht die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder Frankreichs, sie ist aber die einzige Vertreteter der ganzen französischen Gewerkschaftsbewegung. Zur geographischen Verbreitung des Gewerkschaftsbereichs steht das Departement Seine (Paris und Vororte) mit mehr als 200 000 Mitgliedern oben. Hierauf kommen die Départements Nord mit 67 901, Pas de Calais mit 45 000 (darunter viele Bergleute), Bouches du Rhône (Marseille und Umgebung) mit 30 676, Rhône (Lyon und Bezirk) mit 29 850, Loire (St. Etienne und benachbarte Städte) mit 24 785, Gironde (Bordeaux und Bezirk) mit 21 166 und Seine Inferieure (Reims, Laon und Umgebung) mit 19 005. Wie können unserer französischen Brüder nur würdigen, in ihrer Entwicklung so weiter zu gehen, zum Nutzen der Arbeiterschaft.

Die Feldarbeiterorganisation Ungarns verhindert soeben, wie die Wiener "Arbeiter-Zeitung" berichtet, in ihrem Organ, "Vlajabadság", ihren ersten Jahresbericht, der von emsigster Arbeit und erfreulich überschreitenden Erfolg Zeugnis gibt. Am 7. Januar 1908 hatte sich der Feldarbeiterverband bei Anwesenheit von Delegierten aus 68 Gemeinden konstituiert. Die junge Organisation mußte gegen die Unruhen der Agrarier schmer anstrengen. Zu Hunderten wurden die Versammlungen abgebrochen und massenhaft waren die Versuche, die Feldarbeiter durch Drohungen, Verhaftungen und Abschiebungen von der Organisation abzuschrecken. Auch die Regierung war geneigt, dem Wunsche nach Auflösung des Feldarbeiterverbandes zu willkommen; aber dieser operierte so geschickt, daß sich dem Minister des Innern seine Handhabe zum Eingreifen bot. Die Organisation macht Fortschritte. Sie zählte am 31. März 1898, am 30. Juni 284, am 30. September 308, am 31. Dezember 428 und gegenwärtig 400 Ortsgruppen. Die Mitgliederzahl stieg im ersten Quartal auf 18 814, im zweiten auf 22 000, im dritten auf 40 795 und im vierten auf 48 816 Mitglieder. Es kann jedoch mit Recht behauptet werden, daß die Gesamtzahl der Mitglieder auf über 100 000 gestiegen ist, da die meisten infolge ihrer elenden Lage ihren Pflichten als Mitglieder nicht entsprechen können. Die Einnahmen der Organisation betragen im ersten Quartal 11 779,07 Kronen, im zweiten 22 553,86 Kronen, im dritten 19 846,80 Kronen und im vierten Quartal 28 007,04 Kronen. Den Gesamteinnahmen von 90 022 Kronen 54 Heller stehen 71 443 Kronen 25 Heller Ausgaben gegenüber. Außer der "Vlajabadság" erscheint in deutscher Sprache das Fachblatt "Der Feldarbeiter". Von der sonstigen Tätigkeit wäre zu erwähnen, daß probeweise ein Kollektivvertrag geschlossen ward. Der Vertrag, für die Mitglieder der Ortsgruppen Feldpachtungen von Gemeinden, vom Staate und von Privaten zu erwirken, war bisher erfolglos. Die Zentrale der Feldarbeiterorganisation befindet sich in Budapest; ständige Sekretariate wurden errichtet in Temesvar, Großsibiu, Szegedin, Bodmérzs-Bácsföl, Großweiden und St. Pölten; provvisorische Sekretariate (im Winter) in Szatmar, Nyíregyháza, Szolnok und Tapolca. Vorstehend ist die Errichtung ständiger Sekretariate in Szabadka, Bacs-Kiskun und Neusatz. Zur Bekämpfung steht die Feldarbeiterorganisation mit circa 2500 Gemeinden, in welchen die Konstitution von Ortsgruppen nur eine Frage der Zeit ist. Ortsgruppen bestehen bisher in magyarischen, deutschen, serbischen und rumänischen Gegenden, in jüngster Zeit haben aber auch schon die Feldarbeiter in slowakischen und ruthenischen Gegenden den Durchgang, ihnen bei Schaffung von Ortsgruppen an die Hand zu geben. Diese Mitteilungen nach hat die Feldarbeiterorganisation nach einsässiger Tätigkeit schon ganz schöne Erfolge zu verzeichnen.

Knappischäftsliches.

Böhm.-Sonne. Am 24. Februar hielten die Verbandsältesten der Missionen Böhm. und Hertne eine Sitzung ab. Es fehlten ohne Einschuldigung Böhm. eister und Wechseliep. – zunächst wurde eine Einigung an das Königl. Oberbergamt in Dortmund unterrieben, in welcher dasselbe aufgefordert wird, die Individuen-ältesten, oder solche, die bis zum Jahre 1910 noch Individuen werden sollen, bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode im Amt zu belassen. Kollege Sch. gab den Bericht über die letzten beiden Sitzungen des Knappischäfts-Vorstandes. In der Diskussion wurde das Verhalten des Vorstandesältesten, soweit sie dem Bergarbeiterverband angehörten, als ein korrektes anerkannt. Auf Anregung des Arbeiterrates Arnsfeld wurde der § 3 Absatz 2 der Satzungen bestreikt und das Verhalten der Knappischäftsverwaltung kritisiert. Es wurde festgestellt, daß Kameraden, die nicht erwerbsunfähig im Sinne der Satzung sind, seit längerer Zeit Hobeln haben, aber dennoch die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht nicht aufgehoben wird. Festgestellt wurde weiter, daß die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht ohne Willen des zuständigen Altesten von einigen Begegnungsverträgen vorgenommen wurde. So von Zechen Mansfeld. Es wurde diese Voraussetzung verworfen und sei die Verwaltung des Altestenknappischäfts keinesfalls an dieser Stelle darauf hingewiesen, zu verzweifeln, daß dies in Zukunft unterbleibt. Zur Einberufung und Regelung der Sitzung wurde die Zeitung neu gewählt und bestätigte für das Jahr 1907 aus folgenden Kollegen: Siepmann, eister Bergbaudirektor; Engelschmidt, zweiter Vorsteher; Schwarz, eister Schiffsührer; Lüttgenberg, zweiter Schiffsührer.

Oberhausen. Die Sitzung der Ältesten des Kommissionsbezirks Oberhausen fand am Sonntag den 24. Februar statt. Gegen 21 Uhr eröffnete Ältester Heitbrink die Sitzung und ließ die neu gewählten Ältesten Schmidt, Oberhausen und Heitbrink herzlich willkommen. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 21 Ältesten, 1 sollte unentschuldigt, während 5 teils durch Krankheit, teils durch andere Ursachen verhindert waren. Kamerad Heitbrink gab jedoch bekannt, daß der Kommission Oberhausen jetzt 22 Älteste angehören, davon seien 27 Verbandsältesten. Als Geschäftsführung wurde die bisherige wiedergewählt. Kamerad Heitbrink gab dann eingehend Bericht von den letzten Sitzungen. Er kritisierte sehr scharf das Verhalten einiger Ältesten, die dem Gewerkschaften angehören, insbesondere dem "Arbeitsverein" und "Arbeitsverein für die Angestellten", die die Verbandsältesten auf das Vorsteheramt angestellt, und be-

trachte man die Sache bei Licht, so seien nicht die Verbandsältesten, sondern die "christlichen" diejenigen, auf die all das, was die Gegner den Verbandsältesten zur Last legen, zurückfällt. Das weitere geht aus die Entschädigung der Christlichen in den Krankenhäusern näher ein und stellt fest, daß der abschließende Standpunkt der Verbandsältesten doch der richtige gewesen sei. Der Beweis sei schon darüber erbracht, und zwar hätte man sich nicht gescheut, in der letzten Sitzung auch noch 150 Mr. für einen Kameraden zu fordern. Nach längerer Diskussion sei der Antrag wieder zurückgezogen worden. Ein weiterer Antrag aber, eine Orgel für das Krankenhaus zu kaufen, sei ebenfalls abgelehnt worden und zwar ein Harmonium für 1000 Mr. Hier könnte man wieder sehen, wozu die Menschen der Arbeiter als herhalten müssten. Das weitere kritisierte H. scharf, daß die Arbeit der Ältesten von weiteren drei Oberältesten nochmals nachkontrolliert werden. Das den Oberältesten ihre Tätigkeit als Ältesten mit als Dienstalter angerechnet werden sollte, könne man unter keinen Umständen als richtig betrachten. In der Diskussion wurde vom Kameraden Spaniol das Verhalten des Allgemeinen Knappischäftsvereins sehr mißbilligt beurteilt, so geh. man seit langem über, Individuen 2 Wochen nach Bochum ins Krankenhaus zu dirigieren, sie dann zu entlassen, ohne ihnen aber einen Krankenentschädigungsausweis zu geben. Dies müsse aufhören und werde nächstens einmal eine Klage vor der Bahn machen. Die Angabe des Allgemeinen Knappischäftsvereins, es liege im Interesse des Kameraden, daß er dort beschäftigt werde, sei nicht stichhaltig. Nach eingehender Diskussion waren alle Kameraden mit dem Verhalten unserer Vorläufer einverstanden. Der Antrag, Unterältesten zu sammeln zu dem Antrage, daß alle jetzt antretenden Ältesten, die Individuen sind, im Amt bleiben, bis ihre Wahlzeit eingelaufen sei, stand seine Erledigung, indem alle Anwesenden sich bereit erklärt hatten, dem Antrage zuzustimmen. Unter Ältesten wurde beschlossen, die Sitzungen im Jahre 1907 wieder so abzuhalten, wie im vergangenen Jahre. Alle beschwerten sich über die viele Aufsicht von Arbeitern seitens der Verwaltung, welche man bald nicht mehr bewältigen kann. Die Krankenärzte seien von Jahr zu Jahr, so daß 1500 Käufe für einen Ältestenpreis prenge kein Seltenheit mehr sei. Nachdem dann noch die stattgefunden Wahl in Marxloh einer eingehenden Kritik unterzogen und das Verhalten eines Kameraden während und nach der Wahl vom Kameraden Höhne verurteilt worden war, erklärte die Kommission die Sache für erledigt. Um 7½ Uhr war Schluss der anregend verlaufenen Sitzung.

Misstände auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Zechen ver. Constantin der Große, Schacht I und II. Die Thuren nicht eingehangen und auf der obersten Ebene Rohrenwagen, so sah ein Korb aus mit dem am 8. Februar nichts 2 Uhr einige Kameraden ausfahren, da sie keine Lust hatten 1½ Schicht zu machen. Hat man denn die bergpolizeilichen Verordnungen auf diesem Punkt nicht mehr zu beachten nötig? Da 11 bis 13 Mann bei offenen Türen auf der Stange waren, hätte es leicht passieren können, daß einer gegen die Schachtzimmern rung fiel und zum Knüppel wurde. Sollte man vielleicht, um die Förderung nicht zu föhren, die Türen nicht eingehängt und auf den zwei obersten Etagen Rohren gefördert haben? Es wäre dies wirklich ein leichtsinniges Spiel mit Menschenleben, nur des Profites aber. Die Personaleinspektion vom Schacht aus geschichtete mittels einer elektrischen Maschine, die vor leere Förderwagen geprämt ist. Gestern kommt es aber noch vor daß Kameraden, die mit dem letzten Korb einfahren, zu Fuß laufen müssen, denn gewöhnlich warten die Züge nicht so lange. So auch am 12. Februar in der Morgendämmerung, wohl stand noch ein Zug zum abfahren bei mir, aber Bergmeister Voß, ließ die Leute nicht einsteigen, sondern er sagte, daß dieser Zug nur für Schießmeister sei. Ob Herr Voß vielleicht es genau keine Antwort weiß, hält mit gewöhnlichen Arbeiten zu fahren, man könnte es bald glauben, aber er sollte doch auch daran denken, daß die Arbeiter dann zu Fuß nach ihrer Abteilung müßten und es in der Vorrichtung heißt, daß keiner unter der Stromleitung herlaufen soll, da es mit Lebensgefahr verbunden ist. Vielesorgt für die Verhinderung, daß es möglich gemacht wird, daß auch ein gewöhnlicher Bergmann mit dem doch jedenfalls keine erste Klasse fahrenden Schießmeisterzug fahren kann.

Zechen Hannover und Hannibal. Sparenrichung der Gruppenverwaltung. In jüngster Zeit wurden an die Kameraden auf obigen Werken Zettel verteilt, welche folgenden Inhalt haben: Am 1. April 1907 ab: Vergütung sämtlicher Sparzetteln mit 5 Prozent. Die Sparzettel werden bei einer öffentlichen Darstellung mit den Namen der Gruppenverwaltung der Gemeinde Hannover und Hannibal angezeigt. An den Kästen der Sparzettel legt die Gruppenverwaltung jeder hinzu, daß von Sparzetteln 5 Prozent abgewonnen werden. Außerdem steht die Gruppenverwaltung von Sparzetteln 1 Prozent der gesamten Sparzettel abjährlich für die Bereitstellung von Sparzetteln zur Verfügung. Auf je 100 Mark Sparzettel erhält ein Losantiv.

| Öffentliche Verwaltung der Zechen Hannover und Hannibal. | Die auf den Kästen kontrolliert und in den Kästen | Die untergeordnete Verwaltung von der nächsten Rohrleitung an mit einer | Warte (Knappischäfts) | Warte (Knappischäfts) | Warte (Knappischäfts) |
|--|---|---|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| die auf den Kästen kontrolliert und in den Kästen | Die untergeordneten Gruppenverwaltungen | einer monatlichen Entgeltpauschale von 10 | 10 | 10 | 10 |
| die auf den Kästen kontrolliert und in den Kästen | Die untergeordneten Gruppenverwaltungen | einer monatlichen Entgeltpauschale von 10 | 10 | 10 | 10 |
| die auf den Kästen kontrolliert und in den Kästen | Die untergeordneten Gruppenverwaltungen | einer monatlichen Entgeltpauschale von 10 | 10 | 10 | 10 |
| die auf den Kästen kontrolliert und in den Kästen | Die untergeordneten Gruppenverwaltungen | einer monatlichen Entgeltpauschale von 10 | 10 | 10 | 10 |

Die Gruppenverwaltung der Zechen Hannover und Hannibal. Der untergeordnete Verwaltung von der nächsten Rohrleitung an mit einer Warte (Knappischäfts) zu beteiligen. Zechen Böhm.-Sonne. Am 24. Februar hielten die Verbandsältesten der Missionen Böhm. und Hertne eine Sitzung ab. Es fehlten ohne Einschuldigung Böhm. eister und Wechseliep. – zunächst wurde eine Einigung an das Königl. Oberbergamt in Dortmund unterrieben, in welcher dasselbe aufgefordert wird, die Individuen-ältesten, oder solche, die bis zum Jahre 1910 noch Individuen werden sollen, bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode im Amt zu belassen. Kollege Sch. gab den Bericht über die letzten beiden Sitzungen des Knappischäfts-Vorstandes. In der Diskussion wurde das Verhalten des Vorstandesältesten, soweit sie dem Bergarbeiterverband angehörten, als ein korrektes anerkannt. Auf Anregung des Arbeiterrates Arnsfeld wurde der § 3 Absatz 2 der Satzungen bestreikt und das Verhalten der Knappischäftsverwaltung kritisiert. Es wurde festgestellt, daß Kameraden, die nicht erwerbsunfähig im Sinne der Satzung sind, seit längerer Zeit Hobeln haben, aber dennoch die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht nicht aufgehoben wird. Festgestellt wurde weiter, daß die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht ohne Willen des zuständigen Altesten von einigen Begegnungsverträgen vorgenommen wurde. So von Zechen Mansfeld. Es wurde diese Voraussetzung verworfen und sei die Verwaltung des Altestenknappischäfts keinesfalls an dieser Stelle darauf hingewiesen, zu verzweifeln, daß dies in Zukunft unterbleibt. Zur Einberufung und Regelung der Sitzung wurde die Zeitung neu gewählt und bestätigte für das Jahr 1907 aus folgenden Kollegen: Siepmann, eister Bergbaudirektor; Engelschmidt, zweiter Vorsteher; Schwarz, eister Schiffsührer; Lüttgenberg, zweiter Schiffsührer.

die Kameraden sich mit den Händlern vereinbart hätten, sie nach und nach zu bezahlen auf der Zeche auf einmal abgehalten werden und der Kamerad wohl sein Lohnbuch bei der Zahlung aber kein Geld mehr erhalten. Ferner wird über Holzmangel laut Klage geklagt, hoffentlich schafft die Verwaltung baldigst Beseitigung.

Zechen Neumühl. Große Erdbebenung herrscht hier unter den Kameraden im Revier 10. Die Streben sind so mit Spannung überfüllt, daß ein vorteilhaftes Arbeiten ausgeschlossen ist und deshalb die Verträge Lohnausfall erleidet. Auch ist man großer Gefahr ausgesetzt, da der Steinmetzverband bald um Kohlenfeldsitz steht und bei Gefahr schnelle Flucht verhindert. Dem Fahrbauer Schmid ist die Arbeit nicht mehr möglich, wie es scheint, große Freude, wenn die Kameraden leere Wagen bestecken, he mit höhnischen Worten ansprechen zu können. Die Verwaltung wird gut tun,

Oberbergamtbezirk Bonn.

Zechen Rheinpreußen. Schacht II. Folgende Misstände harren der Beseitigung. Im Revier 12 Steiger Gruppe, sind die Wochtlöhne schon drei Wochen zum Überlaufen voll, doch scheint dies der Herr nicht zu sehen, er ist doch sonst so aufmerksam und achtet sehr darauf, wenn ihm ein Steiger allerhand Münzhaushalte erzählt. Auch müssen wir den Steiger ersuchen, in Zukunft den Gedingschein dem Oberältesten zu zeigen und nicht dem Fahrbauer oder gar auf die Holzstappe zu stecken. Auch im Revier des Steigers Winkel er könnte man wieder besser sein. Als dem Steiger des Steigers Winkel, den wir als ganz humanen Mann kennen lernten, das Revier abgetreten, hieß es: Das soll ein Revier sein, das ist schon mehr Sausfall. Wie können aber mit dem besten Willen nicht bemerken, daß sich seit Herrn Winklers Tätigkeit viel geändert hätte. In der 1½-Stunde auf der Tiefe verbrachte man mehr Zeit mit Langschläfern, durch Treck und Wasser zu waten. Auch ist hier eine Arbeit aus drei Tagen und kein Abortivbetrieb vorhanden. Wollen die Kameraden ihre Nordweste verhindern, so müssen sie erst 20 Minuten laufen. Die Wände, die in diesem Revier verdient werden, sind auch noch der Aufbereitung bedarflos, fernher könnte für mehr Holz sorgen. Nur vor einer einzigen geschlossenen Masse hat das Unternehmen Noppe, nur durch eine starke Organisation könnten Unternehmungen zum Nachgeben gezwungen werden.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Diepe.

Gewerkschaft Justus. Wie steht es hier mit der Markenkontrolle aus? Diese Frage ist berechtigt, wenn man folgende Vorzimmerei vernimmt. Der Steiger Winkel schickte einen Mann zur Ausarbeit, da der Kamerad nicht zu sehen, er ist doch sonst so aufmerksam und achtet sehr darauf, wenn ihm ein Steiger allerhand Münzhaushalte erzählt. Der Kamerad führt aber nicht aus, sondern

Bergerhausen. Die Versammlungen müssen besser besucht werden, denn in letzter Zeit herrscht eine Schläflichkeit, daß, wenn das so weiter geht, wie bald kein Vocal mehr haben. Sorge deshalb jeder dafür, daß die Versammlungen besser besucht werden, denn die besten sind zu erwartet um hinter dem Osen zu sitzen.
Dahlstuhlfelden. Die Mitglieder unserer Zahlstelle machen wir

noch besonders auf die am 10. März stattfindende Zahlstellenversammlung aufmerksam, da vieles zu besprechen und auch die Ausstellung eines Handbuchs zur Generalversammlung vorzunehmen ist. Ein Referent wird einen Bertrag über innere Verbandsangelegenheiten halten, besonders die Verleumdungen gegen unseren Vorstand werden hier ins richtige Licht gestellt werden. Jedes Mitglied muss erscheinen, auch ist die Zahlstelle St. Iffelde eingeladen. Als Antwort auf die frechen Verleumdungen der Pressthugs, müssen wir jetzt erste recht unsere Kraft einsehen, die Organisation zu stärken, um diesen Schwindlern zu zeigen, dass es ihnen nie gelingen wird, durch ihre Lügen den Verband zu schwächen.

Sörde. Es scheint hier auf den Bechen großer Arbeitermangel zu herrschen, denn auf Beche Krone hat man schon seine Bussucht zu Wallgauern genommen. Hier so diewel Freindlinge sind vor kurzem dort angelangt. Auf Beche Dorstfeld hat man 100 Österreicher angenommen. Ob man im Muhrzebiet keine Bergarbeiter mehr bekommen kann? Es laufen doch noch genug gemahregelte Bergarbeiter mithin und hätte man nicht nötig, Ausländer zu importieren, wenn man diese nur einstellen wollte. Unsere Kameraden müssen alles daran legen, die ausländischen Kameraden der Organisation zuzuführen. Klärt sie auf, daß sie dem Verbande betreten und eintreten in die Reihen der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft.

Oberhausen II. Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass die Wahler-Gesammlung am 10. März 1907 nicht um 4 Uhr nachmittags, sondern um 11 Uhr morgens stattfindet.

Westdeutschland. Da es uns hier in beiden Gemeinden unmöglich ist, ein Lokal zur Abhaltung von Mitgliederversammlungen zu bekommen und wir gewünscht sind, unsere Versprechungen in Privatwohnungen abzuhalten, so eruchen wir die Kameraden, pünktlich bei den Versprechungen zu erscheinen. Ort und Zeit der Zusammenkunft wird durch den Zeitungshofen bekannt gegeben. Unsere Gegner sind hier unermüdlich tätig und suchen das Geist der Uneinigkeit unter die Mitglieder zu streuen, Tag für Tag erinnern sie neue Verleumdungen und Niederdrächtigkeiten. Sie können aber nur solche Mitglieder einsangen, die eine Zeitung lesen und keine Versprechungen besuchen, denn die aufgelaerten Kameraden kennen diese Geister zu genau, um ihnen ein Wort zu lassen. Deshalb hinein in die Versammlungen, fragt möglichst über ihre Unstetigen seit, ihr erhalten dann Material, womit ihr den Gegnern ihre Eigenschaftigkeit beweisen könnt. Deshalb hinein in die Versprechungen, zum unermüdlich agitiert, damit auch in diesen dunklen Winkel das Licht der Wahrheit kommt.

Oberbergamtbezirk Bonn.

Gruhlwerk. Beschwerde über den Fabrikaußscher Roche, wurde in der vorletzten Mitgliederversammlung geführt. So bringe es dieser Mann fertig, auf dem Kohlenboden beschäftigte Arbeiter einfach nach Hause zu schicken, wenn keine Kohlen vorhanden sind. Glaubt denn dieser Herr vielleicht eine Kolonne Gelegenheitsarbeiter vor sich zu haben? Man hätte den Leuten dann aber bei ihrer Einstellung sagen müssen, daß sie nicht ständig beschäftigt werden können und sie hätten sich auf alle Fälle vor der Annahme solcher Arbeit bedankt. Auch scheint man keine Lust zu haben, die auf dem Werke herrschenden Missstände zu beseitigen, im Gegenteil, dieselben sollen sich noch vermehren. So wiesen wir an dieser Stelle vor etlichen Wochen auf die langen Förderstrecken hin im Tagebau und bemerkten auch, daß sich die Leute bald zu Tode quälen müssen, um 4 Ml. bis 4,50 Ml. verdienen zu können. Man sollte nun meinen, Herr Assessor Gruhl würde den Leuten einen halben oder ganzen Pfennig pro Wagen zusehen, aber weit gefehlt. Man setzt noch einen Bagger in die Grube und bekommt die Arbeiter zu den langen Fahrten auch noch keine leeren Wagen. Bei solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn Leute, die schon jahrelang hier arbeiteten, es leid werden und ihre Abreise verlangen. Sollen doch, wie wir vernommen haben, 20 Mann in den nächsten Wochen ihre Arbeit niederlegen. Vielleicht daß sich die Verwaltung, wenn ihre besten Arbeiter gehen, doch gezwungen sieht, Remedien zu schaffen.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Stegestorf. In der am 24. Februar stattgefundenen Versammlung referierte Kamerad Brieckig über das Thema: Warum müssen wir uns organisieren. Daß er es verstand, den Anwesenden den Nutzen der Organisation klar zu machen, ging aus dem reichen Beifall, den er erntete, hervor, und daraus, daß sich 18 Kameraden zur Aufnahme in den Verband meldeten. Es geht auch hier vorwärts und werden alle Kameraden ihre Pflicht tun, um auch den letzten Punkt zur Organisation heranzuholen.

Heide. Auf unsere Feststellungen in Nr. 7 der "Bergarbeiter-Zeitung" bringt der "Bergknappe" in seiner Nr. 8 a-f Seite 6 eine Notiz, die trotz der Wahrheitsbeweise, die wir in unserem Organ angeführt haben, trotz der Entstehung selbst christlicher Gewerkschaftskameraden über den betreffenden Artikel im Bergknappen, trotzdem weder der Bergknappe noch sein Berichterstatter den geringsten Gegenbeweis erbracht haben und erbringen könnten, ihren lügnerischen Artikel aufrecht erhalten. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß dies Blättchen nicht den geringsten Wert auf Wahrheitsliebe und Anstand legt, so hat es ihm diesmal erbracht. Uns soll es recht sein, trägt doch diese Kampfesweise des "Bergknappen" ihren nicht geringen Teil mit bei, um den christlichen Gewerkschaften in hiesiger Gegend immer mehr herunterzuwürdigen und

einschlüpfen zu machen. Zum Beweise hierfür diene die am 24. Februar 1907 im Lokale des Herrn B e s s e l m a n n (Heide) abgehaltene „große“ christliche Arbeiterversammlung, die von ganzen 15 Mann besucht war. Einige Leute behaupten sogar, es wären bloß 13 gewesen, doch auf ein paar Mann mehr oder weniger kommt es schließlich nicht an, wir wollen nur feststellen, welches Interesse die hiesige Bevölkerung der vermeintlichen der „Christlichen“ und ihrem „Bergknappen“ entgegenbringt. Über nicht nur im „Bergknappen“ liegen und verleumden einige dieser „christlichen“ Brüder, auch im Geheimen treiben sie dieses stinkende Handwerk. Haupt-
sächlich richtet sich ihre fanatische Wut gegen den Vertrauensmann F. B r o b s t . Gegen diesen wollen sie die hiesigen Verbündeter aufheizen, indem sie behaupten: „Sie (die Altverbündeter) müssen doch nur für ihren Vertrauensmann zahlen, derselbe beziehe 24 M^l wöchentlich vom Verband und könne daher leicht für denselben agitieren“. Es konnten bisher zwei Burschen ausfindig gemacht werden, welche diese Verleumdung brachten. Es sind dies der „christliche“ M e t t e r n i c h von B o g e m und R ö h r i c h von G r u h l w e r t . Zweifellos wurde diese Lüge auch von den anderen christlichen Gewerbetreibern geglaubt und weiter verbreitet. Wir ersuchen deshalb die Kameraden, sofort dem Vertrauensmann Bericht zu erstatten, falls diese Behauptung auch weiterhin aufgestellt wird. Daß diese Lüge nur zu dem Zweck erfunden wurde, dem Verbande die Mitglieder absperren zu machen, steht außer Zweifel. Doch lassen sich die Kameraden von einem M e t t e r n i c h und Genossen nicht so leicht versöhnen, denn diese Charaktere kennen sie nur allzu gut. Auch auf diese Sorte Menschen paßt ja recht das Wort des Dr. E i g l : Sie säugen wie der Teufel und schwärzeln aus Kleinzo.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Bienenburg am Harz. Am 24. Februar sollte hier eine Versammlung stattfinden, um die Kameraden über den Zweck des Verbandes Aufklärung zu geben. Doch es ist anders gekommen. Die Gastwirtin, Witwe Mayer erklärte, daß sie eine Versammlung der freien Gewerfschaften nicht dulden könne, nur die „grünen Bergleute“ dürften dort tagen. Sie erklärte dem auftretenden Kameraden Reddegar, es wäre Wunsch der Bienenburgger Bergarbeiter, daß er das Lokal verlässe. Welcher höherer Einfluß mag das bewirkt haben, denn er stellte fest, daß sogar die Bienenburgger Bergarbeiter sehr neugierig seien, die Zwecke und Ziele des Verbandes kennen zu lernen. Hatte man in Folge des Kontaktes mit der heiligen Hermannabend, die den Kameraden Reddegar im Lokal das Sprechen verbieten wollte, einen interessanten Abend voraus-

erde, was er von der Versammlung gehört hätte, meinte er, er wolle die "Vermintung" nicht aussprechen. Dieser Passantenbelästiger bekam nun auch die Antwort, die ihm gebliebene. Als Kamerad Reddigau mit dem Zug absfahren wollte, zufällig noch Kameraden von Bienenburg vom Bahnhof traf, stellte sich auch der bekannte Hund samt dem Herrn ein, um ihm das Helekt zu geben. Aber ob man nicht in Angst gewesen ist, der Zug könne umkehren, den Bienenburger Polizisten zum Zug, weshalb man nicht, "vermutet" es aber. Nun jeder blamiert sich sonst er kann. Kamerad Reddigau wird nun bald wieder kommen, denn einen amüsanteren Abend gibt es kaum, wenn die Nossen so verteilt werden, daß die Polizei den "Lackerten" spielen darf. Hinteres in erster Linie.

Östlich Sachsen.

Lugau-Dölsnitz. Wenn nicht alle Unzüchtigen trügeln, so scheint n im hiesigen Revier wie er einmal alle diejenigen einsichtlos „kaufen“ zu wollen, die es nur schuldnischen wagen, ihre Menschenrechte verteidigen. Zweimal öffentliche Versammlungen, von welchen besonders in Gräfendorf stark besucht war, und in beiden Fällen obwohl Frau Kiefer, beschäftigten sich mit den Maßregelungen auf hiesigen Gruben und dem Wert der Arbeiterauskäufe. Versammlungen waren wie in der letzten Zeit wiederholt gezwungen, Grubenvorwaltungen zu sagen, wie in den von ihnen geleiteten Werken aussieht, andererseits wieder wie man versucht, durch Schaukunstartistische Auszeichnung der menschlichen Willenskraft, Bergarbeiter von fremden Ländern in das hiesige Revier locken. Anstatt sich zu bessern, wie man es bei verständigen Menschen aussieht, greift man zu den niedrigsten, jedoch bequemeren Mitteln und wirft die „Verdächtigen“ auf das Strafenpflaster. Weiß man doch so genau, daß die schon zum so und so vierten mal abgeleugnete Person sehr gut funktioniert. Kommen die Männeraden zu einem Werksgewaltigen und fragen nach Arbeit; so bedarf es mir eines Blickes das Notizbuch und — es tut mir leid, kann sie nicht annehmen. Oder, so wie Sie habe ich genug, Ihnen einige Tugend mitnehmen. Ein Vater ist ehrlicher und erklärt, was haben Sie denn gemacht? Sie werden schwerlich hier im Revier Arbeit bekommen. Schade, daß die Antrahndvorlage nicht Gesetz geworden ist. Was aber das entwidrigendste und so recht zeigt, was die Unternehmer von den Arbeitern denken, daß man dieselben zum Verräter, zum Denunzianten machen will. Lassen Sie mir, wer die Notizen für die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt, um können Sie wieder in Arbeit treten. Diese Worte sagte Direktor Körner, Vergnüglich, und nutzte da den Entlassenen eine Handlung die jeder anständige Mensch ausschieden aufzuweist. Herr Direktor

Gottschewo. Am 18. Februar tratte in Alt-Gässig eine Delegationsversammlung zusammen. Sie beschloß, die Versammlung zu verhindern.

Gottesberg. Am 18. Februar tagte in Altvatting eine Versammlung, in der Missstände auf den Schlesischen Kohlen- und Stoffmarken der Stützpunkte unterzogen werden sollten. Eine Menge Beamte hatten dazu eingesandt um jedenfalls die Unzufriedenen kennen zu lernen, er es doch auch gerade ein Jahr her, wo damals die Sitzbewegung dem Werk einsetzte und darüber dies bei der Verwaltung lebhafte innungen geweckt haben, denn nach Pherbussegen dürfte ihr der Appell vergangen sein. „Der Feierabend“, das bekannte Organ der Katholiken, bringt über diese Versammlung einen Bericht, der von Lügen ist. Wenn es nicht „Der Feierabend“ wäre, müsste man staunen über ein solch Schwundelgenie, das diesen Bericht zurechtstellt. So wird weiter außerdem gesagt, die Versammlung sei eine Zusammenkunft schärfungsloser Leute gewesen, die beweisen wollten, daß auch sie was leisten könnten. In Vertilgung grosser Mengen Alkohol. Solche Schreibweise läuft in und des Verdacht aufzähmern, daß es in den Verderblichkeiten des Feierabendkatholikos nicht mehr ganz richtig hoffentlich kommt dies nicht von dem Fusselöl her, daß dem Mann Tag und Nacht verschweigt und womit er seine „journalistische“ Tugend so „interessant“ gestaltet. In dem Artikel des Feierabendhelden werden Namen genannt, deren Träger überhaupt in der Versammlung nicht anwesend waren und richtet sich das ganze Geschreibsel dadurch in selbst. Näher auf das elende Machwerk einzugehen, wäre zu schade den Raum unserer Zeitung und die Deuckerchwärz. Möge der Kritiker, der den Feierabend überredet geschrieben hat, den Artikel „Deutschlands“ gut durchlesen und daraus seine Folgerungen ziehen. Die Arbeiter machen wie auf die demnächst stattfindende öffentliche Versammlung unversammelt, zu der auch der „Rettungsanker“ der „Reichstreiter“, Herr Schberg, eingeladen wird. Da wir ihm vollste Redefreiheit zusichern, wird er wohl den Mut bestehen, die Aussführungen seines Zeitblattes öffentlicher Versammlung zu verteidigen. „Vebels Frau“ braucht er nicht mitzubringen, da sonst verschiedene er Gattung Feminina Angehörige erschöpflich werden können, denn Herr Schberg ist hier sehr „beliebt“.

Wüddent thland und Reich thlande.

Aus Saarabien. Christliches. Die saarabischen „Christen“ haben sich durch ihr „schleues“ Verhalten bei der Reichstagswahl selbst die Nessel gesetzt, es gährt und ruht wieder gewaltig unter ihnen. Der Facharbeiter sind über das zweideutige Auftreten von *Sozialist* & *christlichen* empört, hießt die evangelischen Mitglieder sein Scheineintreten für das Zentrum abbilligen und mit Fahnenschlacht drohen. Von *Gutschke*, der die „christlichen“ Bergvölker an den Oberschärfmacher Schubert verschächer will man nichts mehr wissen, so daß eine kleine Parastreerevolution ist. Die ern „Christen“ sind eben allzuschläm, tragen nicht nur beiden Schwestern Wasser, sondern auch noch im Mund. Sie wollten als überneutral zeigen, wollten sie Zentrum und gleichzeitig auch die Schärfmacher eintreten, eine Halbheit, von der die Arbeiterschaft nichts wissen will. Um nun aus der Misere herauszukommen, richten ihren ganzen Kampf gegen unsern Verband und mit kräftigem Schimpfe auf diesen sucht man die empörten und irregelsetzten Schärfleute einen andern Gegenstand abzulenken. Am 24. Februar hatten wir drei Ortschaften Versammlungen, die zu vereiteln sie sich die größte Hilfe gegeben haben, wenn auch unsont. Nach Farschweiler kam der „christliche“ Gabler aus Metz und suchte dem Wirt Angst vor dem meraden Leimpeters zu machen, doch mußte er unverrichteter Sache abziehen, da der Wirt den angeblich bösen Bruder recht gut kannte, denjenigen der „Musterchristen“ somit nicht zugänglich war. In der Versammlung selbst konnte der Abgesandte des „Christentums“ nichts erreichen, derer mußte ebenso wie Gabler abziehen. In Kreuzwald hat es der junge Diener der Kirche wiederum nicht unterlassen können, seine kleinen Schafe vor den „roten Schweinen“ zu warnen und ihnen den auch der Versammlung zu verbieten. Dieser Verkünder „christlicher Christenliebe“ und Nachfolger des armen Bißmanns hies, vormals selbst Aktionär der Grube La Houve gewesen sein soll, sonst auch predigte, daß die Arbeiter mit einem Tagesverdienst von Mk. zufrieden seien müssen, das Werk sei jung und die Aktionäre keine Leute, weshalb die Arbeiter nicht auf den höchsten Lohn Anspruch machen sollten, sondern mit dauernder Arbeit, wenn auch geringem Lohn, begnügen müssen. Heute ist der fromme Herr zwar nicht mehr Aktionär, aber eine Organisation der Arbeiter ist ihm doch verhasst und bekämpft er sie mit fanatischem Hass. Immerhin fangen auch hier Arbeiter an, sich nicht mehr unbedingt durch den Herrn Pfarrer vorwenden zu lassen und so erschienen trotz seiner dringenden Mahnung 30 Kameraden, von denen einige ihren Beitritt zur Organisierung lärteten. Die dritte Versammlung fand in Breitenbach in der Alz statt und war ebenfalls nur sehr mäßig besucht. Mehrere „christen“ hatten sich darunter eingefunden, ergriffen aber, trotz mehrerer Aufforderung, das Wort nicht. Dafür machten sie nach Schluss der Versammlung einen „christlichen“ Krach und suchten eine Schlägerei provozieren. Der Hauptheld war ein Mann, der früher dem Verband angehörte und ihm heute noch einige Mark zu Beiträgen schuldet. Ist Sozialist, dann Anarchist und schließlich ein „christlicher“ Radanader! Zu weiteren Händeln kam es nicht, aber ebenso wenig kamen zwei „christlichen“ Kordis verhindern, daß dennoch einige Aufnahmen nicht würden. Sie betrachten Saarabien als ihre Domäne, wo sie gestört Knappenvereine, aber keine Gewerkschaft errichten dürfen und ihnen das Bestreben, wirkliche Gewerkschaften zu gründen, unmöglich machen. Es wird die Zeit sie lehren, daß die Arbeiter sich dauernd nicht irreführen lassen.

Farschweiler. Am 24. Februar fand hier eine Bergarbeiterversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Kamerad Portenfichtner-St. Johann hatte an Stelle des Kameraden impeters, der am Gescheinen verhindert war, das Referat übernommen. Zur Tagesordnung stand das Grubenunglück in Reden und der Bergarbeiter schutz, sowie die Aufgaben der Bergarbeiterorganisation. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in vörzüglicher Weise, und erläuterte an der Hand seiner praktischen Erfahrungen als Bergmann eine ganze Reihe praktischer Würfe zu Tage, die, wenn regierungssichtig befolgt, ebenfalls derartige Unglücksfälle auf das geringste Maß zurückzuführen eignet wären. Zu den Aufgaben einer Bergarbeiterorganisation überhaupt erläuterte Redner die Vorteile einer festgefügten Organisation, die nur praktische Erfolge zeitigen kann, wenn sie sich auf den Standpunkt der freien Gewerkschaften stelle. Ein Wunder sei es, sogenannte "christliche" Verbände, in unserem Falle, der "christlichen" Gewerkvereinigung einzudringen, die lediglich dazu geschaffen wurden, die Bergarbeiter auseinander halten. Das Wort ergriff hierauf Kamerad Schmidt, der sich in gemeinsamen den Ausführungen des Vorredners anschloß, und dieselben bezüg der verschiedenen Organisationsformen noch ergänzte. Schon während der Ausführungen des ersten Redners machte sich ein "christlicher" Musterknabe durch blöde Zwischenrufe bemerkbar, und versuchte auch den zweiten Redner fortgesetzt zu stören, wodurch er sich eine energische Rüge seitens des den Vorsitz führenden Kameraden Portenfichtner zuzog. Aufgefordert seine Meinung offen zu bekennen, wagte der noch sehr junge Mann ein derartig tolles Zeug zusammen, daß er bei den Zuhörern die größte Heiterkeit entfesselte. Es waren alte Mt.-Gladbacher Plätzchen, wie sie von den "christlichen" Harlekins ihren Versammlungen vergaßt werden. Doch schon nach kurzer Zeit keb zum Gaud um der Zuhörer plötzlich die Redewalze des Jünglings sitzen im Saale stiegen. Die Abfertigung die ihm dann Portenfichtner angegedeihen ließ, war wohl etwas derb, aber auch wohlberechtigt. Der junge Mann wird nicht so leicht mehr die Lust dazu verspüren, in Blech an den Mann zu bringen. Das Resultat der Versammlung war eine stattliche Zahl Neuaufnahmen für den deutschen Bergarbeiterverband. Bemerken müssen wir noch, daß der "Lberchrist" Gabler aus letzem am Samstag den Wirt gruselig vor Leimpeters machen wollte, zum ausgesprochenen Zwecke, uns das Lokal abzutreiben. Dass er dabei auf seine Rechnung nicht kam, ist des Wirtes Energie zu verdanken und soll ihm das damit gelohnt werden, daß unsere Mitglieder seine Wirtschaft auch fleißig besuchen, wenn sie Zeit und Geld zu haben, ein Gläschen trinken.

Moskeln. Mit Maßregelungen und Arbeiterverfolgungen leitet man Saarabien und Umgegend die „freiheitliche Uera“ ein, die der christlich-nationalliberale Gewerksvereinler Gutsche vor der Stichwahl mit „christlichen“ Pathos angekündigt hat. In der „Saarpost“ dem Moniteur der saarabischen Christenheit, wurde schon mitgeteilt, daß man auf der Burbacher Hütte Vertrauensleute des „christlichen“ Metallarbeiterverbändchens „kalt“ gestellt hätte, das heißt, sie an Arbeitspunkten gestellt habe, wo sie kaum noch das Salz in die Suppe verdienen, und doch steht fest, daß Gutsche im „Auto“ herumgefahren ist, „Gädelenzgarten“ geraucht und die „christlichen“ Berg- und Hüttenvölker als „fremden“ als „Wachschäfer“ wie ja schon die „Gagernwölfe“ schreien, per

